

Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen | Erwartungen an die Landespolitik

Kongress am 2. Oktober 2015 in Hannover

Eine Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse

Liebe Interessierte,

seit 2014 haben niedersächsische Aktive aus dem LSBTI*-Spektrum ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Ideen eingebracht und eine Fülle von Empfehlungen für die Politik formuliert. Wir sind vom Engagement in der Vorbereitung der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ beeindruckt.

Die Befragung von 128 Aktiven erlaubte intensive Einblicke in die Selbsthilfe, in erfahrene Diskriminierung und in Wünsche an das Land. Weit mehr als 100 Menschen überlegten bei den „Zukunftstischen“ einen Tag lang, wie eine bessere Zukunft für sie aussehen würde.

Ob in Meppen oder Lüneburg, in Wilhelmshaven oder Göttingen: überall erlebten wir großes Engagement. Von unguter Praxis hörten wir genauso wie von respektvollem Miteinander. Wir werden bei der Konferenz in Hannover davon berichten.

Dieser Tag wird eine besondere Chance bieten, die bisherigen Ergebnisse zu diskutieren und in die Landespolitik einzubringen. Gibt es queere Schnittmengen? Wo gibt es trennende Inhalte? Was soll daraus an jeweils eigenständigen und an gemeinsamen Maßnahmen erfolgen? Die Ergebnisse werden eine wesentliche Grundlage für Maßnahmen der Landesregierung bilden.

Das Ziel der Landesregierung besteht darin, die Lebenssituation von lesbischen Frauen und schwulen Männern, bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen weiter zu verbessern.

Die vorliegende Zusammenfassung gibt einen Einblick in die bisher gewonnenen Ergebnisse der Entwicklung der Kampagne. Im ersten Abschnitt zeigen wir Handlungsfelder auf, die für alle Befragten relevant sind. Im zweiten Abschnitt sind die sechs Workshopthemen des 2. Oktober mit Handlungsempfehlungen an die Landesregierung aufgeführt. Im dritten Abschnitt sind für alle Themen nutzbare Empfehlungen zur Realisierung der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ aufgeführt.

Wir freuen uns, Sie und euch auf der Konferenz in Hannover zu sehen!

Dr. Kirsten Plötz & Christian Zacharias, September 2015

- im Auftrag des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zur Entwicklung der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt* in Niedersachsen“ -



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Inhaltsverzeichnis

1. Was alle Befragten verbindet.....	4
2. Charakter der Workshops im Rahmen der Konferenz am 02.10.2015	5
3. Workshop „Bildung“: Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess	6
3.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen.....	6
3.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen	7
3.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht transidenter Menschen.....	8
3.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht schwuler Männer.....	10
4. Workshop „Schutz vor Gewalt“: Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess	12
4.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen.....	12
4.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen	13
4.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht transidenter Menschen.....	15
4.4. Handlungsempfehlungen und Bemerkungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht schwuler und bisexueller Männer.....	15
5. Workshop „(Wahl-)Familie“: Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess	17
5.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen	17
5.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen.....	17
5.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht transidenter Menschen	19
5.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht schwuler und bisexueller Männer	19
6. Workshop „Arbeitswelt“: Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess..	21
6.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen.....	21
6.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen	21
6.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht transidenter Menschen.....	23

6.4.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht schwuler und bisexueller Männer	24
7.	Workshop „Gesundheit“: Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess..	26
7.1.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen.....	26
7.2.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen	27
7.3.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht transidenter Menschen	28
7.4.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht schwuler und bisexueller Männer	30
8.	Workshop „Sichtbarkeit“: Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess .	32
8.1.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen	32
8.2.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen.....	34
8.3.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht transidenter Menschen	36
8.4.	Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht schwuler und bisexueller Männer	38
8.5.	Bemerkungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit bisexueller Menschen.....	41
9.	Allgemeine, für alle Themen nutzbare Empfehlungen zur Realisierung der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“	43

1. Was alle Befragten verbindet

Nachdrücklich und dringend wird empfohlen, dass das Land öffentlich aktiv für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt eintritt und entsprechende Kampagnen bzw. **Öffentlichkeitsarbeit** durchführt.

Durchgängig, von der Schule bis hin zu jeder beruflichen Ausbildung ist es so nötig wie dringend, dass Vielfalt ein verbindlicher, fest verankerter Teil der **Bildung** wird. Den Universitäten wird eine fest verankerte, langfristig finanzierte Forschung und Lehre über nichtheteronormatives Leben empfohlen. Das Land möge außerdem gegenüber Kommunen dafür eintreten, dass Vielfalt von Anfang an in den Bildungsplan integriert wird, also auch bei frühkindlicher Bildung in Kindergarten und Hort. Es wird dringend nahe gelegt, dass das Land hierbei populistischen und queer-feindlichen Haltungen in keiner Weise nachgibt. Vielmehr sollte die begonnene Arbeit für die Vielfalt fortgesetzt und erweitert werden.

Berufliche Fortbildungen und Qualifizierungen zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt werden besonders für Berufsbereiche wie Erziehung, Familienberatung, Medizin, Pflege, Psychologie, Jura und Sozialpädagogik dringend angeraten. Diese Maßnahmen dürften die immer noch aktuelle Pathologisierung queeren Lebens durch das Gesundheitssystem zurückdrängen; sie ganz zu beenden, ist das Ziel.

Auch wird empfohlen, **kommunale Verwaltungen** in queeren Angelegenheiten zu unterstützen. Gegenüber den **Kirchen** sollte das Land verdeutlichen, dass es Akteure ablehnt, die Menschenrechte verletzen, indem sie sexuelle und geschlechtliche Minderheiten diskriminieren.

Im **Leistungs- und Breitensport**, so wird vorgeschlagen, soll das Land darauf einwirken, dass Homo-, Trans*- und Interfeindlichkeit bekämpft wird. Im **Kulturbereich** sollte das Land queere Inhalte anregen und beispielhafte Umsetzungen gegebenenfalls auch einen Preis dafür ausloben.

Überall sollte sich das Land für eine gendersensible **Sprache und entsprechende Piktogramme** im öffentlichen Raum einsetzen.

Generationenübergreifendes **Wohnen** und **Altenpflege** sollten ausdrücklich für LSBTI* ohne Diskriminierung zugänglich werden bzw. geschaffen werden. Das Land möge sich dafür einsetzen.

Schließlich brauchen die bestehenden queeren Gruppen, Zentren und Strukturen eine stabile **finanzielle Förderung**. Unabhängig von Legislaturperioden sollte das Land dies bereitstellen und weitere Projekte möglich machen.

2. Charakter der Workshops im Rahmen der Konferenz am 02.10.2015

In den sechs Workshops sollen die Handlungsempfehlungen an die Landesregierung im Blick auf Fragen rund um die Themen

- „Bildung“,
- „Schutz vor Gewalt“,
- „(Wahl-)Familie“,
- „Arbeitswelt“,
- „Gesundheit“
- und „Sichtbarkeit

in den Blick genommen werden, wie sie in Phase 1 und Phase 2 der bisherigen Entwicklung der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ seit dem Jahr 2014 erarbeitet wurden.

In den Workshops wird es nicht darum gehen, Handlungsempfehlungen für die queeren Menschen zu entwerfen oder zu diskutieren. Vielmehr sind die Workshops eine Veranstaltung zur Politikberatung des Landes Niedersachsen. Allerdings sollen gegebenenfalls auftauchende Konflikte sowie Ideen zur Community notiert werden, damit später geklärt werden kann, in welcher Weise das Land unterstützend eingreifen kann.

Das hauptsächliche Ziel:

Die Verwaltung stellt sich für einen breit angelegten Dialog zur Verfügung:

- ⇒ Was ist machbar?
- ⇒ Mit welchen Hindernissen muss bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen gerechnet werden?
- ⇒ An welchen Punkten ist eine Unterstützung von außen nötig?
- ⇒ Für welche dieser Punkte sind welche Initiativen oder Interessenvertretungen aus der Community ansprechbar?

Es geht also um Lösungen und Handlungsoptionen. Das soll der rote Faden sein.

In der Kürze der Zeit werden zu jedem Thema nur einige Handlungsfelder exemplarisch besprochen werden können. Die Abfrage zu Beginn des Kongresses, welche das sein sollen, wird die Grundlage bilden.

Im Folgenden sind die Handlungsempfehlungen aufgeführt, die für die Workshops relevant sind. Vereinzelt werden sie durch Anmerkungen und O-Töne von Befragten (kursiv gesetzt) ergänzt. Die Handlungsempfehlungen aus Phase 1 und 2 sind hier nicht getrennt.

Nicht in allen Gruppen (inter*, lesbisch, trans*, schwul) sind alle Themenbereiche gleichmäßig ausführlich benannt worden.

Wo sich die Handlungsempfehlungen von inter* und trans* Menschen und schwulen Männern gleichen, sind sie grau unterlegt.

3. Workshop „Bildung“:

Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess

3.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen

Anmerkung: die Handlungsempfehlungen 1 und 2 wurden in jeder Befragung und bei jedem Zukunftstisch formuliert und als zentral erachtet.

- 1) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, die Thematisierung von **Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und deren Lebensformen** bereits in jungen Jahren in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verbindlich zu machen und dies in die Lehr- und Bildungspläne mit aufzunehmen. Individualität und Authentizität sollten bereits in der Kindheit Beachtung finden. LSBTI*-Themen sollten in unterschiedlichen Fächern behandelt werden und in unterschiedlichen Lehrbüchern auftauchen. Sie sollten **unvoreingenommen, anschaulich und orientiert an den Lebenswelten in die Unterrichtsbelange integriert** werden. Darin liege für viele eine große Hoffnung, möglichen Diskriminierungen frühzeitig entgegenzuwirken und das gesellschaftliche Klima in punkto vielfältiger Lebensweisen offener zu gestalten. Es werde erwartet, dass sich die Landesregierung klar gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen positioniert, die dies verhindern wollen.

Anmerkungen:

Diese Handlungsempfehlung wurde von einigen befragten Inter*personen in enger Verbindung zur „Sichtbarkeit“ gesehen.

„Es geht darum, etwas sichtbar zu machen, eine Realität sichtbar zu machen. Da wird ein Wunschbild im Unterricht tatsächlich unterrichtet, das nicht der Realität entspricht.“

[O-Ton einer intergeschlechtlichen Person]

„Niemand hat sie auf dem Zettel. Auch wenn im Biologieunterricht über Geschlechtlichkeit gesprochen wird, dann findet Intersexualität nicht statt. Das bedeutet, sie werden schon aus diesem Bildungssystem heraus in eine Lage versetzt, wo sie sich gar nicht emanzipieren können [...] Und wie soll sich aus einem Nichts heraus ein Bürger entwickeln, der für seine eigene Rechte einsteht?“ [O-Ton einer intergeschlechtlichen Person]

- 2) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **ein dem SchLAu-Projekt¹ vergleichbares Angebot zur Inter*-Aufklärung** entwickelt wird und (auch in ländlichen Regionen) an Schulen, in der Jugendarbeit und in weiteren Bildungseinrichtungen und für interessierte Fachkreise wie z. B. Lehrer_innen* und Sozialpädagog_innen* stattfindet. Zudem solle der Bekanntheitsgrad der SchLAu-Projekte gesteigert werden. Dafür müssen die finanziellen Mittel erhöht und die Strukturen weiter professionalisiert werden, um den erhöhten logistischen, konzeptionellen und personellen Aufwand bewältigen zu können. Die Akzeptanz von LSBTTI* lasse sich am besten über den persönlichen Kontakt und über

¹ Hintergrundinfo aus Bericht Phase 1: Eine gesonderte Position nahm das lesbisch-trans*-schwul übergreifende Peer-to-Peer-Aufklärungsprojekt SchLAu im Zusammenhang der Interviews ein. SchLAu bietet Workshops frühestens ab Beginn der Pubertät bis ins junge Erwachsenenalter sowie für pädagogische Fachkräfte an und erlebt in den letzten Jahren einen enormen Zulauf an ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen*. Dabei steht die Sexuaufklärung gegenüber einer lebensweltlichen Aufklärung im Hintergrund, sexuelle Vielfalt wird im Sinne einer menschenrechtsbezogenen Antidiskriminierungsarbeit thematisiert, die Aufklärung zu sexuellen Praktiken spielt eine untergeordnete Rolle. Es entstehen neue Gruppen und SchLAu kann damit besser auf die vielen – auch wiederholten – Anfragen aus dem pädagogischen Feld reagieren. Zudem ist die öffentliche Wahrnehmung im Zusammenhang mit dem Diskurs um die Bildungsplanung an Schulen und die Thematisierung von Vielfalt an Schulen seit einiger Zeit besonders hoch.

- persönliche Erfahrungsberichte (Peer- Ansatz) fördern und würde bei Schüler_innen* Ängste vor einem Comingout nehmen.
- 3) Die Landesregierung solle sich für **qualifizierte Ansprechpartner_innen* für LSBTI*-Themen an Schulen und Gleichstellungsbeauftragte an allen Universitäten** stark machen, die regelmäßig geschult werden. Geschult werden sollten auch pädagogisch Arbeitende in sämtlichen Lehreinrichtungen für sensibles Verhalten mit LSBTI-Schüler_innen* und für den angemessenen Umgang bei diskriminierendem Verhalten, Mobbing oder anderen Übergriffen.
 - 4) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, verbindliche, flächendeckende **Aufklärungsangebote** über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt **auch für politische Vertreter_innen*** anzubieten. Ein solches Angebot wäre **auch für kirchliche Vertreter_innen*** wünschenswert.
 - 5) **Queer Studies**, die Heteronormativität kritisch hinterfragen und die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten als gegeben annehmen, sollten fester Bestandteil auch der universitären Curricula sein. Es sollte auch eine Verknüpfung zu Studien zu anderen gesellschaftlichen Phänomenen von Marginalisierung, Ausgrenzung und Anfeindung erfolgen (z. B. Rassismusforschung, Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Armutsforschung). Auch eigene **wissenschaftliche Studien zu Intergeschlechtlichkeit** mit der Aufarbeitung von Inter*- und Trans*-Verfolgung in den letzten hundert Jahren (speziell zu Zeiten der NSDAP-Herrschaft) und eine umfassende Darstellung, was sich in den letzten Jahren national, aber auch international verändert habe, müssten durch das Land unterstützt werden.

3.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen

Anmerkung: In diesem Handlungsfeld gibt es Überschneidung zu den Workshopthemen „Sichtbarkeit“ und „Bildung“. Viele befragte Frauen haben die Hoffnung, dass eine verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und gute Aufklärungsformate im Bildungsbereich eine wirksame, nachhaltige Gewaltprävention – besonders hinsichtlich der Beleidigungen und der Geringschätzung – darstellen wird. Mehrere der Frauen, die sich hier geäußert haben, sind Pädagoginnen und / oder Mütter bzw. Großmütter.

- 1) In der **frühkindlichen Erziehung** sollte sich das Land gegenüber Kommunen für *Vielfalt im Bildungsplan von Anfang an* einsetzen. Die Realität der Vielfalt soll die Norm der heterosexuellen Kleinfamilie ersetzen. Das meint auch, von Stereotypen wie „*der Junge mag Technik und die Mädchen spielen mit Puppen*“ weg zu kommen. Außerdem sollte das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass es nicht nur *männlich / weiblich gibt*.
- 2) In der **Schule** sollte Akzeptanz der Vielfalt ein Erziehungsziel werden. Dies sollte nicht an das Fach Biologie gebunden sein. Das Lehrmaterial sollte Vielfalt zeigen. Es sollte ein schulisches Unterrichtsfach „Vielfalt“ geben, das nicht nur sexuelle und geschlechtliche Vielfalt meint, sondern auch Herkunft und andere Merkmale. Andere Frauen schlagen vor, dass es als Querschnittsaufgabe angelegt wird. Mehrfach wird der Wunsch formuliert, dass lesbische und auch schwule Paare, trans* Personen sowie Regenbogenfamilien quer durch alle Fächer präsent sind, z.B. in Textaufgaben in Mathematik. Das sollte in Kerncurricula festgelegt werden, die von Expertinnen überarbeitet werden. Das Thema solle nicht auf den sexuellen Aspekt reduziert werden. Vorgeschlagen wird auch, neue Rollenbilder zu vermitteln, damit Mädchen nicht weniger selbstbewusst sind als Jungen.
- 3) Empfohlen wird weiter, dass das Kultusministerium die Schulen darüber informiert, in welchem Ausmaß eine Aufklärung über Vielfalt seitens des Landes erwünscht ist. Wenn das Land ein solches Signal setze, stärke das die Schulleitungen.

- 4) Etliche Empfehlungen legen eine Einbeziehung der ehrenamtlichen Schulaufklärungsprojekte (SchLAu) in die schulische Aufklärung nahe. Es könnte den Schulen vorgeschrieben werden, solche Angebote wahrzunehmen.
- 5) Immer wieder wird die Erwartung geäußert, dass die Landesregierung sich **gegenüber Protesten** gegen einen Bildungsplan der Vielfalt in keiner Weise nachgiebig zeigt.
- 6) An den **Universitäten** sollten lesbische Inhalte sichtbar werden. Bisher seien sie dort weitgehend abwesend. Wenn in der Lehre überhaupt über Homosexualität gesprochen werde, sei dies fast ausschließlich männliche Homosexualität. Grundsätzlich sollte sich das Normbild von Cisheterosexualität wegbewegen. Stattdessen sollte Diversität beleuchtet und gleichberechtigt behandelt werden. Verpflichtende Veranstaltungen zur Vielfalt sollten in diversen Fächern angeboten werden, vor allem für Jura, Pädagogik, Medizin, Theologie und Psychologie sowie generell fürs Lehramt.
- 7) Auch sollte lesbische Forschung gefördert werden. Dafür sollten in verschiedenen Fachbereichen Gelder bereitgestellt werden, z.B. für Kongresse und Stipendien. Als *traumhaft* wird der Wunsch formuliert, *wenn es einen Lehrstuhl irgendwann geben würde, zu lesbischen Themen*. Vorgeschlagen wird auch eine *Lesbenquote*.

Anmerkungen:

Der Bereich der Bildung nahm sowohl in Phase 1 als auch in Phase 2 einen sehr großen Raum ein. Hiervon wird Aufklärung und als Folge mehr Akzeptanz der Vielfalt erwartet. Fehlende Aufklärung führe zu Vorurteilen, dadurch drohe Mobbing; auch fehle es an Vorbildern. Das ist ein traditioneller Ansatz der Emanzipationsbewegung.

Maßnahmen, die in diesem Sinne im Bildungsbereich empfohlen werden, werden durchgehend als dringendes Handlungsfeld beschrieben. Hierfür wurden auch die meisten Empfehlungen ausgesprochen.

Der Schulhof wurde wiederholt als Problembereich geschildert, in dem Beschimpfungen alltäglich seien. (Beschimpfungen werden im Workshop zum Schutz vor Gewalt diskutiert.)

3.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht transidenter Menschen

Anmerkung: die Handlungsempfehlungen 1 und 2 wurden in jeder Befragung und bei jedem Zukunftstisch formuliert und als zentral erachtet.

- 1) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, die Thematisierung von **Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und deren Lebensformen** bereits in jungen Jahren in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verbindlich zu machen und dies in die Lehr- und Bildungspläne mit aufzunehmen. Individualität und Authentizität sollten bereits in der Kindheit Beachtung finden. LSBTI*-Themen sollten in unterschiedlichen Fächern behandelt werden und in unterschiedlichen Lehrbüchern auftauchen. Sie sollten **unvoreingenommen, anschaulich und orientiert an den Lebenswelten in die Unterrichtsbelange integriert** werden. Darin liege für viele eine große Hoffnung, möglichen Diskriminierungen frühzeitig entgegenzuwirken und das gesellschaftliche Klima in punkto vielfältiger Lebensweisen offener zu gestalten. Es werde erwartet, dass sich die Landesregierung klar gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen positioniert, die dies verhindern wollen.

„Lehrinhalte müssen auf Trans-Feindlichkeit untersucht und „entrümpelt“ werden. Eine altersgerechte, geschlechtssensible Pädagogik muss bereits in den Kindergärten und Schulen gelehrt werden!“* [O-Ton eines Trans*menschen]

- 2) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **ein dem SchLAu-Projekt² vergleichbares Angebot zur Trans*-Aufklärung** entwickelt wird und (auch in ländlichen Regionen) an Schulen, in der Jugendarbeit und in weiteren Bildungseinrichtungen und für interessierte Fachkreise wie z. B. Lehrer_innen* und Sozialpädagog_innen* stattfindet. Zudem solle der Bekanntheitsgrad der SchLAu-Projekte gesteigert werden. Dafür müssen die finanziellen Mittel erhöht und die Strukturen weiter professionalisiert werden, um den erhöhten logistischen, konzeptionellen und personellen Aufwand bewältigen zu können. Die Akzeptanz von LSBTI* lasse sich am besten über den persönlichen Kontakt und über persönliche Erfahrungsberichte (Peer- Ansatz) fördern und würde bei Schüler_innen* Ängste vor einem Comingout nehmen.
- 3) Die Landesregierung solle sich für **qualifizierte Ansprechpartner_innen* für LSBTI*-Themen an Schulen und Gleichstellungsbeauftragte an allen Universitäten** stark machen, die regelmäßig geschult werden. Geschult werden sollten auch pädagogisch Arbeitende in sämtlichen Lehreinrichtungen für sensibles Verhalten mit LSBTI-Schüler_innen* und für den angemessenen Umgang bei diskriminierendem Verhalten, Mobbing oder anderen Übergriffen.
- 4) Die Frauen-Gleichstellungsarbeit sollte zur **intersektionalen Gleichstellungsarbeit** weiterentwickelt werden.
Anmerkung: Das Aufgabenfeld sollte z. B. um Belange von Trans*frauen erweitert werden und die Anliegen sollten in die Politik und die Verwaltung getragen werden.
- 5) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, verbindliche, flächendeckende **Aufklärungsangebote** über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt **auch für politische Vertreter_innen*** anzubieten. Ein solches Angebot wäre **auch für kirchliche Vertreter_innen*** wünschenswert.
- 6) **Homo-, Trans*- und Intersexuellenfeindlichkeit** besonders auch **im Sport** (vom Schul- bis zum Leistungssport) zu **bekämpfen**, würde bedeuten, breite Gesellschaftsschichten anzusprechen und zu sensibilisieren. Übungsleiter_innen* und Trainer_innen* müssten entsprechend geschult werden.
Anmerkung: sowohl ehrenamtliche Kräfte, als auch die Honorarkräfte sollten sich diesen Weiterbildungsangeboten nicht widersetzen dürfen, so der Wunsch einer Trans*person.
- 7) **Queer Studies**, die Heteronormativität kritisch hinterfragen und die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten als gegeben annehmen, sollten fester Bestandteil auch der universitären Curricula sein. Erwartet werden hier auch **intersektionale Förderprogramme** für Trans*- und Interpersonen of colour. Es sollte auch eine Verknüpfung zu Studien zu anderen gesellschaftlichen Phänomenen von Marginalisierung, Ausgrenzung und Anfeindung erfolgen (z. B. Rassismusforschung, Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Armutsforschung).
„Ich persönlich wünsche mir Leute, die auch mal in ähnlicher Weise querdenken können. Mit denen man sich dann auch noch mal gemeinsam austauschen kann und bestimmte Forderungen auch prüft: Ist das jetzt wirklich gut durchdacht? Sind die Bündnisse gut durchdacht? Und dann aber einfach mal über Allgemeinplätze hinausgehen und sich noch mal kritisch auseinandersetzt, und nicht einfach auf jeden Zug aufhüpfen, nur weil er gerade fährt.“ [O-Ton einer transgeschlechtlichen Person zur kritischen, wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Trans*-Themen und Studien]
- 8) Es bedürfe einer **Aufarbeitung des historischen Umgangs mit unterschiedlichen Trans*-Themen** (auch in Bezug auf Medizingeschichte, Kastrationszwang, Eugenik etc.) ebenso wie des Erzählens der Bewegungsgeschichte selbst.

² S. Fußnote 1)

3.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Bildung aus Sicht schwuler Männer

Anmerkungen: die Handlungsempfehlungen 1 und 2 wurden in jeder Befragung und bei jedem Zukunftstisch formuliert und als zentral erachtet.

- 1) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, die Thematisierung von **Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und deren Lebensformen** bereits in jungen Jahren in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verbindlich zu machen und dies in die Lehr- und Bildungspläne mit aufzunehmen. Individualität und Authentizität sollten bereits in der Kindheit Beachtung finden. LSBTI*-Themen sollten in unterschiedlichen Fächern behandelt werden und in unterschiedlichen Lehrbüchern auftauchen. Sie sollten **unvoreingenommen, anschaulich und orientiert an den Lebenswelten in die Unterrichtsbelange integriert** werden. Darin liege für viele eine große Hoffnung, möglichen Diskriminierungen frühzeitig entgegenzuwirken und das gesellschaftliche Klima in punkto vielfältiger Lebensweisen offener zu gestalten. Es werde erwartet, dass sich die Landesregierung klar gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen positioniert, die dies verhindern wollen.
- 2) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass eine **zahlenmäßige Ausweitung der Angebote von SchLAu³** (auch in ländlichen Regionen) an Schulen, in der Jugendarbeit und in weiteren Bildungseinrichtungen und für interessierte Fachkreise wie z. B. Lehrer_innen* und Sozialpädagog_innen* stattfindet. Zudem solle der Bekanntheitsgrad der Projekte gesteigert werden. Dafür müssen die finanziellen Mittel erhöht und die Strukturen weiter professionalisiert werden, um den erhöhten logistischen, konzeptionellen und personellen Aufwand bewältigen zu können. Die Akzeptanz von LSBTI* lasse sich am besten über den persönlichen Kontakt und über persönliche Erfahrungsberichte (Peer- Ansatz) fördern und würde bei Schüler_innen* Ängste vor einem Comingout nehmen.
- 3) Die Landesregierung solle sich für **qualifizierte Ansprechpartner_innen* für LSBTI*-Themen** an Schulen und Gleichstellungsbeauftragte an allen Universitäten stark machen, die regelmäßig geschult werden. Geschult werden sollten auch pädagogisch Arbeitende in sämtlichen Lehreinrichtungen für sensibles Verhalten mit LSBTI-Schüler_innen* und für den angemessenen Umgang bei diskriminierendem Verhalten, Mobbing oder anderen Übergriffen.
- 4) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, verbindliche, flächendeckende Aufklärungsangebote über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt **auch für politische Vertreter_innen*** anzubieten. Ein solches Angebot wäre **auch für kirchliche Vertreter_innen*** wünschenswert. Zudem wird erwartet, dass politische Vertreter_innen* die organisierten Selbsthilfeangebote besuchen und sich vor Ort mit den Protagonist_innen* austauschen.
- 5) **Homo-, Trans*- und Intersexuellenfeindlichkeit** besonders auch **im Sport** (vom Schul- bis zum Leistungssport) zu **bekämpfen**, würde bedeuten, breite Gesellschaftsschichten anzusprechen und zu sensibilisieren. Übungsleiter_innen* und Trainer_innen* müssten entsprechend geschult werden.

Anmerkung: sowohl ehrenamtliche Kräfte, als auch die Honorarkräfte sollten sich diesen Weiterbildungsangeboten nicht widersetzen dürfen, so der Wunsch einiger schwuler Befragter.

³ S. Fußnote 1)

- 6) **Queer Studies**, die Heteronormativität kritisch hinterfragen und die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten als gegeben annehmen, sollten fester Bestandteil auch der universitären Curricula sein. Es sollte auch eine Verknüpfung zu Studien zu anderen gesellschaftlichen Phänomenen von Marginalisierung, Ausgrenzung und Anfeindung erfolgen (z. B. Rassismusforschung, Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Armutsforschung).
- 7) Das Land solle **schwule Geschichtsschreibung, wissenschaftliche Publikationen, schwule Archive und Museen** angemessen fördern. Es sollten nicht nur die Verfolgungen, sondern auch die Erfolge der Emanzipationsbewegung aufgezeigt werden.

Abschließende Bemerkung:

Der Prozess einer landesweiten **Bildungsoffensive** wäre unmittelbar **mit weiteren Herausforderungen** im Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung hin zu mehr Solidarität verknüpft, wie sie zum Beispiel die mangelnde Inklusion behinderter Menschen, die Feindseligkeit gegenüber Fremden, die zunehmende Kluft zwischen Armen und Reichen oder das Stadt-Land-Gefälle darstellen.

4. Workshop „Schutz vor Gewalt“:

Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess

4.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen

Anmerkung: In diesem Handlungsfeld gibt es Überschneidung zu den Workshopthemen „Sichtbarkeit“ und „Bildung“. Viele befragte Inter*menschen haben die Hoffnung, dass eine verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und gute Aufklärungsformate im Bildungsbereich eine wirksame, nachhaltige Gewaltprävention darstellen wird.

- 1) Bei **Polizei und Justiz** brauche es **qualifizierte Ansprechpartner_innen*** für Opfer von homo-, trans*- und intersexuellenfeindlichen Übergriffen und Verbrechen.
- 2) Die **Krankenhausaufsichten** sollten verstärkt werden und **über Genitalverstümmelung aufklären**. **Kontrollinstanzen** müssten eingesetzt und ein Budget dafür bereitgestellt werden.

Anmerkungen:

Zwischen der Zuordnung zu den Themen „Gewalt“ und „Gesundheit“ zu unterscheiden, wenn es um geschlechtszuweisende Operationen geht, ist inhaltlich kaum möglich. Pragmatisch ist es wie folgt gelöst: Der Workshop zum Schutz vor Gewalt konzentriert sich auf Faktoren, die unglücklich machen. Der Workshop Gesundheit konzentriert sich auf die Frage, welche Faktoren körperlich und seelisch krank machen.

Viele intergeschlechtliche Menschen erlebten es als Gewalt im medizinischen Bereich, dass sie in frühester Kindheit einem Geschlecht zugewiesen wurden. „Klingt harmlos, ist es aber überhaupt nicht!“, so eine befragte intergeschlechtliche Person. Oft werde mit einem erhöhten Krebsrisiko argumentiert, um operieren zu können. Das stimme in den meisten Fällen aber nicht. Jeden Tag werde in Deutschland in einer Kinderklinik mindestens ein wehrloses Inter*-Kind irreversibel genitalverstümmelt, so die Headline in einigen Aufklärungsmedien der Inter*-Community. Viele erfahren erst sehr spät im Leben von ihrem Schicksal. Seit über 20 Jahren klagen Betroffene die Folgen medizinisch nicht notwendiger Genitaloperationen und erzwungener Sterilisierungen an Kindern mit atypischen körperlichen Geschlechtsmerkmalen an. Darunter den Verlust der sexuellen Empfindsamkeit, schmerzende Narben im Genitalbereich, gesundheitliche Schäden infolge der Kastration, Unfruchtbarkeit und Kinderlosigkeit, Traumatisierung durch die aufgezwungenen Behandlungen – und fordern gesetzgeberische Maßnahmen.

„Ich glaube, dass das Hauptmerkmal unserer Zusammenkünfte (Anmerkung: die Treffen intergeschlechtlicher Menschen und ihrer Angehörigen) eigentlich das Tabu ist, in dem unser Leben stattfindet. Das Nichtwissen, die Nichtakzeptanz von außen. Und die Gewalterfahrung, die die meisten bei uns in der Gruppe haben.“ [O-Ton eines transgeschlechtlichen Menschen]

4.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen

Anmerkung: In diesem Handlungsfeld gibt es Überschneidung zu den Workshopthemen „Sichtbarkeit“ und „Bildung“. Viele befragte Frauen haben die Hoffnung, dass eine verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und gute Aufklärungsformate im Bildungsbereich eine wirksame, nachhaltige Gewaltprävention – besonders hinsichtlich der Beleidigungen und der Geringschätzung – darstellen wird.

- 1) Grundsätzlich ist die Empfehlung **Förderung von Frauenhäusern und von Präventionsprogrammen**. Weil zwei Frauen beteiligt sind, ist in einer lesbischen Beziehung die Wahrscheinlichkeit ungefähr doppelt so hoch wie in einer heterosexuellen, Traumata bewältigen zu müssen, die durch früheren Missbrauch und Vergewaltigung verursacht wurden. (Es geht hier nicht um Gewalt in lesbischen Beziehungen.) Die Opfer und deren Partnerinnen brauchen Beratungsangebote, die auch für lesbische Beziehungen qualifiziert sind und dies nach außen kommunizieren. Solche Beratungsangebote sollten möglichst auch in der Fläche verfügbar sein, so dass die Idee geäußert wurde, dass bestehende Beratungsstellen sich dafür qualifizieren. Das Land möge dafür werben.
- 2) Auch das **Asylrecht** soll verbessert werden: *Nicht nur rechtliche Verfolgung, sondern auch gewaltförmige Alltage in Herkunftsländern als Asylgrund*. Denn: *„Für Schwule ist es leichter, Asyl zu bekommen. Zu den Frauen wird gesagt, gesetzlich hast du doch kein Problem, du musst es doch nur verstecken*.

Lesbische Flüchtlinge haben kaum Chancen, out zu sein. In Flüchtlingsheimen müssen sie mit Gewalt wie z.B. „korrigierender Vergewaltigung“ rechnen. Anmerkung: Eine Handlungsempfehlung wird hier jedoch nicht formuliert.

- 3) **Schutzräume** für Frauen sind wichtig und sollen gefördert werden. So heißt es aus einer Frauengruppe mit vielen lesbischen und bisexuellen Mitgliedern, diese Gruppe sieht sich *als Schutzraum, weil es tatsächlich auch genug Frauen mit Gewalterfahrung [Missbrauch oder Vergewaltigung durch Männer] gibt, die mit Männern nicht zusammenarbeiten können und wollen. Und als diesen Schutzraum gelten wir auch immer noch, und den bieten wir auch. Manche Frauen können sich nur entfalten, wenn kein Mann in der Nähe ist*.

Anmerkungen:

Das Thema ist offensichtlich schwierig zu kommunizieren. In den Interviews der ersten Phase wurde nach Erfahrungen von Diskriminierung gefragt. Das wurde von den Frauen zunächst fast durchgängig verneint. Erst nach einer Erläuterung bzw. weiteren Nachfragen wurden Erfahrungen geschildert, die teilweise gewaltförmig im oben definierten Sinne waren. Eine Frau erzählte, dass sie sich überall fragt, wo sie sich offen zeigt und wo nicht – um sich und ihre Kinder zu schützen. So geht sie an Jugendlichen auf Spielplätzen eher nicht Hand in Hand mit ihrer Frau lang. Ähnlich eine andere. Sie sagt, sie sei in ihrem Heimatort vorsichtig. *Ich überlege mir, wo ich mit meiner Freundin Hand in Hand langgehe und wo ich es nicht tue. Ob ich mich am Bahnhof einfach so verabschiede oder ob ich ihr einen Kuss gebe*. Ebenfalls ähnlich eine Frau, die mit ihrer Frau eher nicht Händchen haltend in die Kneipe geht. Sie verhalten sich dort wie platonische Freundinnen, nicht wie ein Paar.

Beim Interview mit der hannoverschen Müttergruppe wird beispielhaft deutlich, wie nahe unter der Oberfläche die Beunruhigung lauern kann. Es ist der Tag, an dem ein Bündnis angeblich besorgter Eltern gegen die vom Land beabsichtigte Reform des

Sexualkundeunterrichts demonstriert. An diesem Tag ziehen Gruppen von Männern auch rechtsradikaler Hooligans durch die Stadt, und wir sind im queeren Zentrum „Anders(a)um“, an dessen großen Fenstern gut sichtbar Worte wie „lesbisch“, „schwul“ etc. stehen. Als auf einer sehr nahen Straße eine Männergruppe entlang zieht, wird uns unwohl, und wir schließen lieber die Eingangstür ab.

Von eingeworfenen Fenstern und Einbrüchen, Beleidigungen, Beschimpfungen und auch körperlichen Attacken gegen ein FrauenLesben-Projekt wird ebenfalls erzählt. Dies habe inzwischen aber nachgelassen und sei vor allem vor etlichen Jahren passiert.

An den Befragungen und an bei den Zukunftstischen nahmen einige Lehrerinnen teil. Sie berichteten besorgt, dass an den Schulen ein sehr häufig verwendetes Schimpfwort „schwule Sau“ sei. Streng genommen richten sich diese Schimpfworte nicht gegen lesbisches Leben. Dennoch sind die Befragten wohl nicht nur aus Solidarität bestürzt, sondern scheinen sie auch als Angriff auf alles, was nicht heteronormativ ist, zu erleben. Immerhin ist seit Jahrzehnten unscharf, auf welches Geschlecht sich die Kategorie Homosexualität richtet – teilweise sind Frauen mitgemeint, teilweise nicht. „Schwule Frauen“ sind durchaus im Sprachgebrauch.

Beleidigend gering schätzend ist auch die Haltung vieler Männer gegenüber lesbischer Liebe. Eine junge Frau führt dazu aus, dass pornografische Vorstellungen stark verbreitet seien. Da entstünde *immer das Gefühl, die beiden Frauen warten nur auf die Penetration durch den Mann, damit die Sexualität vollkommen wird. [...] Wenn man sagt: „Ich interessiere mich für Frauen.“, kommt sofort dieser flotte Dreier im Kopf. Oder: „Du hattest noch nie richtig einen guten Mann im Bett.“ Entweder ist es dieses Bild von der Kampflesbe, die mal ordentlich durchgenudelt werden muss. Oder halt das Bild, dass sie nur auf den richtigen Mann warten, mit dem sie sich zu dritt vergnügen wird. Eine Freundin hatte genau diese Situation, dass sie mit einem Mädchen rumgemacht hat und dann Typen ständig am Arsch hatte: „Wollt ihr ein Dreier?“. Völlig respektlos!*

Auch vom Arbeitsplatz kennt eine andere Frau die Haltung von Kollegen, eine lesbische Frau *hat einfach noch nicht den richtigen Kerl gehabt*. Ähnlich eine junge Frau: *Ich habe ein paar Männer auf der Arbeit mit zu viel Testosteron, und der eine hat sich zum Ziel gesetzt, wenn er mich knackt, dann ist er der Held. [...] Dass es nicht ernst genommen wird, lesbisch zu sein.*

Dass eine Frau nur mal „so richtig“ „durchgenudelt“, „geknackt“, „rangenommen“ oder sonst wie von einem Mann penetriert werden müsse, um ihren gesellschaftlichen Platz zu erkennen, ist eine über Jahrzehnte und nicht nur bei uns verbreitete Vorstellung. Es ist, zugespitzt ausgedrückt, eine latente Vergewaltigungsdrohung gegenüber allen Frauen, die es wagen, etwas anderes als eine dienende Stellung unter ihrem Mann zu erstreben. Die „korrigierende Vergewaltigung“ ist hier einzuordnen.

Offensichtlich ist dies verbreitet, doch eine Handlungsempfehlung folgt daraus nicht direkt. Insgesamt wurden in diesem Bereich vergleichsweise wenige Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Es mag sein, dass sich hier eine tradierte Einstellung zu queerer Politik bemerkbar macht, die darauf hinaus läuft, nur jene Diskriminierungen in den Blick zu nehmen, die sich explizit und ausschließlich auf die gleichgeschlechtliche Lebensweise beziehen. Alles andere beträfe Frauen an sich, und das habe in queerer Politik nichts zu suchen. So heißt es oft. Doch im lesbischen Leben potenzieren sich Diskriminierungen und auch Gewalt gegenüber Frauen. Dies wird allgemein kaum thematisiert.

In der Phase 1 wurde jedoch deutlich, dass für den Umgang mit Diskriminierung eine Selbsthilfegruppe bedeutend sein kann und häufig auch so erfahren wird. Daraus lässt

sich schlussfolgern, dass für die Gewaltprävention die Stärkung der Selbsthilfestrukturen anzuraten ist.

4.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht transidenter Menschen

Anmerkungen:

In diesem Handlungsfeld gibt es Überschneidung zu den Workshopthemen „Sichtbarkeit“ und „Bildung“. Viele befragte Trans*menschen haben die Hoffnung, dass eine verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und durchdachte Aufklärungsformate im Bildungsbereich eine wirksame, nachhaltige Gewaltprävention darstellen wird.

In den Interviews wurde mehrfach von Gewalterfahrungen auf unterschiedlichen Ebenen berichtet (häufig nicht näher benannt). Insgesamt sei die Arbeit mit Opfern ebenso wichtig wie die mit Tätern von Gewalt, so die Ansicht einiger Befragter.

„Ich persönlich habe sehr harte Erfahrungen gemacht. [...] Bei mir waren dann wirklich solche Sachen wie, auf der Straße angespuckt werden, Morddrohungen also wirklich auch vehemente körperliche Gewalt, sexuelle Übergriffe – habe ich alles erlebt. [...] Ich halte das, also die Gewalt an Transmenschen halte ich für eine Form von innerem Tabu. Das heißt, man redet nicht drüber. Man redet nicht drüber was man erlebt hat und so weiter. Man ist ja durchgekommen und besser nicht drüber reden und dann ist es auch vorbei.“ [O-Ton einer befragten Trans*frau]

- 1) Bei **Polizei und Justiz** brauche es **qualifizierte Ansprechpartner_innen*** für Opfer von homo-, trans* und intersexuellensexuellenfeindlichen Übergriffen und Verbrechen.
- 2) Es bedürfe eigener **Transgender-Bereiche in Frauenhäusern**.
- 3) Die **Verfolgung aufgrund der sexuellen** Identität muss als **Asylgrund** zweifelsfrei anerkannt werden, die Lebenssituation von Homo-, Trans- und Intersexuellen in der Flüchtlingspolitik und –arbeit stärker Berücksichtigung finden.

Anmerkung: Viele der Geflüchteten hätten in ihren Herkunftsländern massive seelische und körperliche Gewalterfahrungen erlitten, so die Aussage einiger befragter Trans*menschen.

4.4. Handlungsempfehlungen und Bemerkungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Schutz vor Gewalt aus Sicht schwuler und bisexueller Männer

Anmerkung: In diesem Handlungsfeld gibt es Überschneidung zu den Workshopthemen „Sichtbarkeit“ und „Bildung“. Viele befragte schwule Männer haben die Hoffnung, dass eine verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und durchdachte Aufklärungsformate im Bildungsbereich eine wirksame, nachhaltige Gewaltprävention darstellen wird.

- 1) Bei **Polizei und Justiz** brauche es **qualifizierte Ansprechpartner_innen*** für Opfer von homo-, trans* und intersexuellensexuellenfeindlichen Übergriffen und Verbrechen.

Anmerkungen:

Zu dem Bereich „Schutz vor Gewalt“ wurden von schwulen Männern sowohl bei den Befragungen als auch bei den Zukunftstischen keine weiteren Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Auffallend in den Interviews war, dass die Frage nach direkten Diskriminierungserfahrungen zunächst von vielen verneint wurde. Erst nach längerer Diskussion und nach vertiefenden Nachfragen wurde ihnen bewusst, oder sie wagten zu äußern, dass sie auf

gewisse Verhaltensweisen wie „Händchenhaltend durch die Stadt laufen“ oder „mit Freunden tuntig sein“ verzichten würden, um Pöbeleien, Anfeindungen und möglichen gewaltsamen Übergriffen aus dem Weg zu gehen. Es schien so zu sein, dass die Befragten sich nicht trauen würden, von Diskriminierung und Gewalterfahrungen zu sprechen.

Der Wunsch nach einem Leben als schwuler Mann frei von Angst vor Übergriffen wurde mehrfach geäußert. Beschimpfungen wie „Schwule Sau“ oder „Schwuchtel“ hätten bereits viele Befragte erlebt und häufig als belastend empfunden (speziell im oder vor dem Comingout-Prozess). Als Pein erlebten es einige, wenn sie mit ihrem Partner Händchen haltend im öffentlichen Raum unterwegs seien und verhöhnt und ausgelacht werden würden. Viele würden aufgrund dieser Erfahrungen darauf verzichten. Gerade in „sozialen Brennpunkten“ wäre ein offen schwules Paar großen Gefahren ausgesetzt, so sind sich viele Interviewte einig.

Einige Befragte berichteten von körperlichen Übergriffen, Mobbing und Verunglimpfungen im Internet auf queere Personen aus ihrem direkten Umfeld.

Als „glücklich“ wird angesehen, in Niedersachsen einen Schwulenreferenten zu haben der sich auch für Opfer von Gewalt einsetze.

Mehrere Befragte sind der Ansicht, dass ein selbstbewusster Umgang mit der eigenen Homosexualität eine Widerstandsfähigkeit gegenüber Anfeindungen und Ausgrenzungen fördern würde. Wenn das Umfeld die Unsicherheit und das „Versteckspiel“ mitbekäme, könne das Risiko, diskriminiert zu werden, erhöht sein. Die Personen müssten somit gestärkt werden. Ein Befragter regte an, „Sichtbarkeits- und Selbstbewusstseinstrainings für Schwule“ anzubieten. Die Idee dahinter sei, potenziellen Tätern ihre potenziellen Opfer möglichst unattraktiv zu machen. Ein ausreichender Schutz wird daraus oft nicht, aber eine bessere Chance. Häufig lassen Täter von möglichen Opfern ab, wenn sie den Aufwand als zu hoch empfinden, diese zu unterwerfen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Hier geht es in keiner Weise um die Frage, ob Opfer nicht doch eine Mitschuld an Angriffen haben!

Eine befragte, schwule Person berichtete von einer Ansprache eines Geistlichen, die ihn seit der Pubertät nachhaltig traumatisiert habe: *„Wie ich bei den Ringkämpfen mit dem Nachbarjungen sexuell erregt war und der Pastor dann sagte, wir hatten die Stelle von Sodom und Gomorra, das war für mich absolut vernichtend. Ich habe das sofort sein gelassen. Ich habe nicht mal gewagt, Hand an mich zu legen. Ich habe den Gedanken schwul zu sein überhaupt erst gewagt, [...] zu denken, als der 175er gefallen ist. Mit 30 Jahren. Ich habe also lebenslang das Gefühl, dass ich um meine Jugend betrogen worden bin.“*

5. Workshop „(Wahl-)Familie“:

Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess

5.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen

- 1) Neben **Regenbogenfamilien** sollen auch **andere Lebensentwürfe**, insbesondere auch **alternative Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaften** gewürdigt und gefördert werden.

Der O-Ton einer transgeschlechtlichen Person zur Wahl-Familie: „*Ja, das ist wirklich schon Familie. Das ist wie - ich hab früher schon mal gesagt - da hast Du dann die lustige Tante und den merkwürdigen Onkel und die verschrobene Kinder - Du hast alles dazwischen. Aber eben bunt.*“ (Anmerkung: gemeint sind die jährlichen Treffen von transgeschlechtlichen Menschen und Angehörigen im Waldschlösschen im Frühjahr)

- 2) Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, **diskriminierungsfreie Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser** mit geeigneten Trägern zu realisieren.

Anmerkungen:

Einige der befragten Inter*menschen erleben ihre Kernfamilie als „Rückzugsort“ und ihnen sei das Familienleben „heilig“. Bei einigen war das immer so, andere Befragte erlebten innerhalb der Familie „Brüche“ nach ihrem Comingout als Inter*, die nach einiger Zeit jedoch wieder „verheilten“. Es gibt einige intergeschlechtliche Menschen, die keinen Kontakt mehr zur Kernfamilie haben, da sie ihren Eltern „langjährige Lügen über ihre eigentliche geschlechtliche Identität“ nicht verzeihen.

Aus den Befragungen einiger Angehöriger ist eine tiefe Liebe zu ihren Kindern und eine große Vertrauensbasis spürbar. Diese Angehörigen setzen sich sehr für ihre Kinder ein und sind bereit, gegen Diskriminierungen und ungerechte Behandlung zu kämpfen.

5.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen

- 1) Dringend wird empfohlen, **gesetzliche Initiativen** zur Gleichstellung voranzubringen. Zwar wird die Eingetragene Lebenspartnerschaft als Schritt in die richtige Richtung gesehen, aber es fehlt die Anerkennung und auch die Rechtssicherheit einer „normalen“ Ehe. Daher wird die Öffnung der Ehe für alle empfohlen.
- 2) Als lesbisches Paar Kinder zu kriegen, müsse **entkriminalisiert** bzw. aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt werden. Ein Ausweichen aufs Ausland sollte nicht länger nötig sein.
- 3) Die Richtlinie der Bundesärztekammer zum Kinderwunsch hat die **Ärzttekammer** in Niedersachsen bisher zu Ungunsten von Frauenpaaren ausgelegt. Das Land wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass diese Hürde wegfällt. Zudem wird es als empörend beschrieben, dass eine Berufsvereinigung einen solchen gesetzesähnlichen Einfluss hat, ohne zur Legislative legitimiert zu sein.

- 4) Ärztinnen bzw. Ärzte brauchen verlässliche und solide **Informationen** für den Bereich des Kinderwunsches lesbischer Paare sowie in Bezug auf die Adoption eines Kindes, das in eine Partnerschaft hinein geboren wird. Das Land wird gebeten, sich hierfür zu engagieren.
- 5) Eine Frau formuliert es selbstvertretend als *absolut nicht akzeptabel, dass die Krankenkassen künstliche Befruchtung bei Lesbenpaaren nicht bezahlen, sondern nur innerhalb der heterosexuellen Ehe. Das sollte sich ändern.* Es wird gehofft, dass das Land gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen für eine gerechtere Praxis plädiert.
- 6) Gewünscht wird auch eine Unterstützung, z.B. in **Familienberatungsstellen**, für Mütter von Kindern aus früheren heterosexuellen Beziehungen. Wie z.B., wird gefragt, kann Müttern, die noch nicht lange lesbisch leben, mit pubertierenden Kindern geholfen werden?
- 7) Für viele lesbische Frauen sind die Selbsthilfegruppen bzw. die eigenen Projekte ihre **Wahlfamilie**. Von queeren Gruppen wird viel erwartet und viel geleistet, von Aufhebung der Isolation über Stigmamanagement, Rückhalt, Unterstützung und Schutz. Allgemein wird begrüßt, dass es seit 2014 möglich ist, lesbische Emanzipationsarbeit zu fördern, doch das wird nicht als ausreichend erlebt. Eine stabile, ausgebaute finanzielle Förderung lesbischer Gruppen wird durchgehend als sehr wichtiges Anliegen beschrieben.
- 8) Der Wunsch wird geäußert, dass lesbische **Wohnprojekte** gefördert werden. Sie sollten für Frauen bezahlbar sein – ein Punkt, der in verschiedenen realen schwullesbischen Wohnprojekten erhebliche Bedeutung hat. Auch Altenwohnungen (lesbisch, queer, für Frauen) werden gewünscht, ebenso generationenübergreifende Wohnprojekte.
- 9) Auch wird der Wunsch geäußert, langfristig nicht nur die Ehe zur Verfügung zu haben, sondern weitere **rechtliche Konstrukte, um eine Familie abzusichern**. Eine Partnerschaft sollte nicht die Voraussetzung sein. Das schließt auch Mehreltern-Familien und Einsteinergruppen ein. Der Begriff der Familie solle neu definiert werden.

Anmerkungen:

Besonders im Bereich Familie wird eine erhebliche Diskriminierung festgestellt. Ein großes Thema hier ist die Familiengründung. Die hiesigen Zustände nennt eine Befragte *tragisch*. Eine andere spitzt zu: *Beim schwanger Werden, da bist du eigentlich immer an dieser Illegalitätsgrenze.*

Betont wird, dass vor allem die Kinder massiv diskriminiert werden. Das Stiefkindadoptionsverfahren sei *insbesondere für das Kind ganz, ganz schlimm, weil einfach der zweite Elternteil fehlt. Das Kind hat überhaupt keine Ansprüche gegenüber einer zweiten Person. Wenn der leiblichen Mutter etwas passiert ... Wir haben im Bekanntenkreis auch tatsächlich eine Mutter, die ist gestorben, an Brustkrebs, als das Kind sechs Monate war. Die haben das mit den Behörden gerade so, quasi wenige Tage vor deren Tod hingekriegt. ... Das wird keiner heterosexuellen Familie zugemutet.*

Die Wahlfamilie steht mancher Frau näher als ihre Herkunftsfamilie. So meint eine Großmutter, sie lebe ihr Leben in Freundschaften; die Familienideologie lehne sie ab. In einer anderen Gruppe wurde von einer Hochzeit erzählt; dabei hatte eine der Partnerinnen, deren *Familie sie quasi verstoßen hatte*, die Gruppe als ihre Familie vorgestellt. Das *war sehr berührend*. Ein lesbisches Wohnprojekt beschreibt sein eigenes Haus so: es sei *wie ein Nest*. Hier gäbe es gegenseitige Hilfe und eine Altersspanne von Ende 20 bis über 80 Jahren. Viele Visionen der Zukunftstische drehten sich übrigens auch um Wohnprojekte. Auch wenn diese bisher kaum existieren, haben sie doch eine sehr große Anziehungskraft – als ein möglicher Ort für Wahlfamilien, über die Generationen hinweg.

5.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht transidenter Menschen

- 1) Ziel der Landespolitik müsse eine **völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe** sein (möglichst in Form der Öffnung der Ehe), auch im Hinblick auf das Adoptionsrecht und das Steuerrecht. Es dürfe nicht nur „gleiche Pflichten“ geben, sondern es müsse auch die „gleichen Rechte“ geben. Dieses Ziel müsse die Landesregierung beharrlich landes-, bundes- und europaweit verfolgen.

Anmerkung: Eine Initiative zur Öffnung der „Ehe für alle“ wurde vom Land Niedersachsen im Juni 2015 in den Bundesrat eingebracht. Solch eine Initiative wurde zuvor von mehreren Teilnehmenden der Trans*-Zukunftstische gefordert.

- 2) Neben **Regenbogenfamilien** sollen auch **andere Lebensentwürfe**, insbesondere auch **alternative Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaften** gewürdigt und gefördert werden.

Anmerkung: Von einigen befragten Trans*menschen wurde der Wunsch nach eigenen oder adoptierten Kindern (mit fester Partnerin/festem Partner) geäußert. Einige transgeschlechtliche Menschen sind bereits Eltern.

- 3) Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, **diskriminierungsfreie Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser** mit geeigneten Trägern zu realisieren.

Anmerkungen:

Über das Verhältnis vieler transgeschlechtlicher Menschen zu ihrer Kernfamilie wurde in den Befragungen kaum gesprochen. Mehrfach wurde aber der Wunsch geäußert, dass das familiäre Umfeld offener und akzeptierender mit ihnen umgehen möge.

Bei der Befragung einer Gruppe war das transgeschlechtliche Kind mit seinen Eltern anwesend. Den Eltern würden die Treffen helfen, mehr über Trans*themen und Prozesse zu erfahren und wie sie ihr Kind größtmöglich unterstützen können. Sie würden sich wünschen, dass weitere Elternpaare den Weg in die Gruppe finden. Das Kind weiß die Unterstützung seiner Eltern sehr zu schätzen.

5.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf (Wahl-)Familie aus Sicht schwuler und bisexueller Männer

- 1) Ziel der Landespolitik müsse eine **völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe** sein (möglichst in Form der Öffnung der Ehe), auch im Hinblick auf das Adoptionsrecht und das Steuerrecht. Es dürfe nicht nur „gleiche Pflichten“ geben, sondern es müsse auch die „gleichen Rechte“ geben. Dieses Ziel müsse die Landesregierung beharrlich landes-, bundes- und europaweit verfolgen.

Anmerkungen:

Ein Großteil der befragten Männer wünscht sich eine beständige Partnerschaft, die im Idealfall in einer gleichgestellten Ehe mündet.

Eine Initiative zur Öffnung der „Ehe für alle“ wurde vom Land Niedersachsen im Juni 2015 in den Bundesrat eingebracht. Solch eine Initiative wurde zuvor von mehreren Teilnehmenden der Zukunftstische „Schwules Leben 2025“ gefordert.

- 2) Neben **Regenbogenfamilien** sollen auch **andere Lebensentwürfe**, insbesondere auch **alternative Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaften** gewürdigt und gefördert werden.

Anmerkungen:

Es müsse die Sichtbarkeit und Akzeptanz von Regenbogenfamilien gefördert werden. Dazu gehöre die Kinderförderung, die Absicherung der Eltern und die Stärkung des Ansehens der Regenbogenfamilien, so sind sich zahlreiche befragte schwule Männer einig.

Als mögliche alternative Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaften wurden z. B. die Ehe zu dritt genannt, aber auch eine Wohngemeinschaft im Alter, die für einander Sorge und Verantwortung trage.

Von vielen, gerade jüngeren Interviewten (zwischen 18 und ca. 25 Jahre), wurde der Wunsch nach eigenen (mit einer lesbischen Frau) oder adoptierten Kindern (mit festem Partner) geäußert. Besonders viele schwule Männer aus eher ländlichen Gebieten haben den gleichen Wunsch.

„Weil im Grunde genommen, so auch wenn ich das so von meinem heterosexuellen Freundeskreis höre, ist, dass die Leute sagen, Hauptsache das Kind wächst irgendwo halt mit guten Eltern auf, in guten Verhältnissen. Ob die jetzt als Mann und Frau oder Mann und Mann oder Frau und Frau bestehen, das ist doch völlig egal.“ [O-Ton eines schwulen Mannes]

- 3) Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, **diskriminierungsfreie Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser** mit geeigneten Trägern zu realisieren.

6. Workshop „Arbeitswelt“:

Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess

6.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen

- 1) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **in Unternehmen und im öffentlichen Dienst verbindliche Diversity-Strategien mit Antidiskriminierungsrichtlinien** eingeführt werden, die auch bindend umgesetzt und gelebt werden müssten. Dazu gehöre das Aufzeigen des Mehrwertes von akzeptierter sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Praxis. Solch eine Praxis würde Comingout-Prozesse fördern und dem Verschweigen der sexuellen und geschlechtlichen Identität entgegenwirken. **Intergeschlechtliche Menschen müssten gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.**
- 2) Angeregt werden spezielle **Ansprechpartner_innen* im Sinne „queerer Beiräte“** für Fragen rund um Themen wie das Comingout, die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Unis, Unternehmen, der öffentlichen Hand, Bundeswehr, Polizei, Rundfunkräte usw.).
- 3) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, **Mobbing- und Gleichstellungsbeauftragte in größeren Unternehmen** einzusetzen, die regelmäßig an Schulungen zu LSBTI*-Themen teilnehmen müssten. Gleichzeitig solle in Unternehmen und in Behörden eine **Beschwerdestelle** eingeführt werden, um sich anonym oder offen über Beleidigungen und Mobbing aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität beschweren zu können.
- 4) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **in eigenen Ausbildungskonzepten Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensformen** verbindlich und praxisnah aufgenommen und thematisiert werde z. B. für angehende Polizist_innen* und für angehende Mitarbeiter_innen* in Beratungsstellen oder behördlichen Stellen der Städte und Gemeinden, die in ihrer Praxis sehr wahrscheinlich mit LSBTI* zu tun haben würden. Berührungängste und Vorurteile würden so abgebaut werden.

6.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen

- 1) Für Unternehmen, die **Diversity fördern**, werden Auszeichnungen gewünscht.
- 2) Zusammen mit den Industrie- und Handelskammern sollen berufliche **Schulungen in Diversity** angeboten werden.
- 3) Den Betrieben sollte eine **Einheit in Diversity** angeboten werden, die sie mit allen Kolleg_innen und Auszubildenden nutzen können.
- 4) Spezifische **Arbeitskreise**, z.B. im Beratungs- und sozialem Bereich, sollten gefördert werden.
- 5) Dringend werden Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung hinsichtlich queerem – und auch ausdrücklich lesbischem – Leben gewünscht. Wer beruflich mit lesbischem Leben zu tun hat, sollte ein Angebot zur Qualifizierung kennen.
- 6) **In die beruflichen Ausbildungen sollen lesbische und queere Inhalte** integriert werden. Ein feststehender Lehrinhalt sollte dies ganz besonders in jenen Feldern sein, die mit

- lesbischem Leben zu tun haben. Ausdrücklich sind hier genannt die universitäre Ausbildung (für Recht usw.), Berufsschulen, der medizinische Bereich, Erzieherinnen, Sozialarbeit.
- 7) Führungskräfte sollten zu **Sensibilisierungs-Veranstaltungen** verpflichtet werden.
 - 8) Wer im beruflichen Feld diskriminiert, sollte abgemahnt werden. Also sollte die bestehende **Antidiskriminierungsgesetzgebung** durchgesetzt werden. Auch sollte das AGG ausgebaut werden.
 - 9) Das **Sonderkündigungsrecht der Kirchen** sollte gesetzlich beendet werden.
 - 10) Es sollte aktiver bekämpft werden, wenn bei Stellenbesetzungen **LSBTI*** ein **Diskriminierungsgrund** ist.
 - 11) **Ausschreibungsverfahren** sollten so erweitert werden, dass Qualitätskriterien wie Diversity und Genderkompetenz aufgenommen werden können.
 - 12) Für den Berufsalltag von **Lehrerinnen** ist es von großer Bedeutung, ein Kerncurriculum im Rücken zu haben, das sagt, sie dürfen und **sollen Homosexualität thematisieren**. Andernfalls könnten ihnen unterstellt werden, sie machten Propaganda für Homosexualität. Auch sollten Lehrerinnen dabei unterstützt werden, offen zu sein – und vor möglichen negativen Folgen geschützt.
 - 13) Es wird eine **Kampagne** gewünscht, mit der Frauen ermutigt werden, technische Berufe bzw. sog. „Männerberufe“ zu ergreifen. Es ist wichtig, dass Frauen finanziell nicht auf einen Mann als Ernährer angewiesen sind.
 - 14) Empfohlen wird eine **Neubewertung, Aufwertung und tarifliche Neuordnung von klassischen Frauenberufen**, so dass die unterschiedliche Bezahlung in der Erwerbstätigkeit wegen des Geschlechts (Gender Pay Gap) endet. *Hierbei geht es um die Existenzsicherung, das muss ganz dringend neu bewertet werden.* Dazu gehört auch der Abschied vom Prinzip des männlichen Ernährers. Das Land möge hierfür eintreten, z.B. gegenüber Gewerkschaften.
 - 15) Dringend wird auch empfohlen, den **Mindestlohn auszubauen**. Auch das bedingungslose Grundeinkommen wird genannt.
 - 16) Es wird dazu geraten, **geschlechtsspezifische Ungleichheiten** wenigstens bezüglich der **Renten** zu mildern: Das Land solle eine steuerfinanzierte Zusatzrente für Frauen einrichten, mit Blick auf Frauen in ‚typischen Frauenberufen‘.
 - 17) Mehr **Maßnahmen gegen die „gläsernen Decken“** werden gewünscht. Kampagnen wie die zum Equal Pay Day werden als zu schwach eingeschätzt.
 - 18) Zur **Aufwertung des sozialen Bereichs** wird empfohlen, das Teilzeit- und Befristungsgesetz abzuschaffen.
 - 19) Es wird erwartet, dass die **Universitäten** nicht, wie bisher allzu oft üblich, die Erforschung lesbischer Themen mit dem Ende der Karriere gleichsetzen.
 - 20) Ein Vorschlag ist auch, eine **Lesbenquote** einzuführen.
 - 21) Vorgeschlagen wird ebenfalls eine **Frauenquote** – bzw. **für Führungspositionen keine Frauenquote** einzuführen, sondern Frauen bevorzugt einzustellen und festzulegen, dass der Anteil der Männer 30% nicht übersteigen dürfe.
 - 22) Es sollten **Stellen im queeren Emanzipationsbereich** geschaffen werden, um das Ehrenamt nicht zu überlasten.

Anmerkungen:

Es fällt auf, dass hier immer wieder von Maßnahmen die Rede ist, Frauen eine von einem Mann unabhängige und ausreichend bzw. gerecht entlohnte Tätigkeit zu verschaffen. Diskriminierungen gegen sie als Frauen und als lesbisch Lebende potenzieren sich. Häufig heißt es jedoch, Diskriminierungen allgemein gegenüber Frauen hätten in queerer Politik nichts zu suchen. Diese solle nur jene Diskriminierungen in den Blick nehmen, die sich

explizit und ausschließlich auf die gleichgeschlechtliche Lebensweise beziehen. Das ist ein alter schwullesbischer Konflikt.

Viele der oben vorgeschlagenen Maßnahmen wurden als wichtig und dringend gekennzeichnet. Immer wieder war davon die Rede, es sei im beruflichen Feld teilweise kaum möglich, aus berechtigter Angst vor Mobbing oder Stellenverlust offen zu leben. Manche Frauen würden sogar weder Lehrerinnen werden noch im christlichen Bereich arbeiten wollen, weil das mit ihrer Lebensweise nicht kompatibel sei. Es wurde auch häufig der fehlende Zugang zu besser qualifizierten und bezahlten Stellen moniert. Die Führungskultur („Haifischbecken“) wurde dabei als ein Teil des Problems angesehen.

Der Arbeitsplatz ist teilweise ein Ort von geringschätzigen Kommentaren, die darauf abzielen, der Kollegin durch heterosexuelle Penetration ihren gesellschaftlichen Platz zuzuweisen – eine latente Gewaltdrohung zur Disziplinierung. Dies wird im Workshop zum Schutz vor Gewalt diskutiert werden.

6.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht transidenter Menschen

- 1) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **in Unternehmen und im öffentlichen Dienst verbindliche Diversity-Strategien mit Antidiskriminierungsrichtlinien** eingeführt werden, die auch bindend umgesetzt und gelebt werden müssten. Dazu gehöre das Aufzeigen des Mehrwertes von akzeptierter sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Praxis. Solch eine Praxis würde Comingout-Prozesse fördern und dem Verschweigen der sexuellen und geschlechtlichen Identität entgegenwirken. **Trans*menschen müssen gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.**

Anmerkungen:

Mehrere Befragte fordern eine Zertifizierungen für besonders trans*freundliche Unternehmen.

Sämtliche Behörden und Ämter – insbesondere aber die Polizei und Arbeitsagenturen – sollten für die Belange von Transmenschen sensibilisiert und geschult werden, um dort vorzufindende Diskriminierung konsequent abzubauen, so der Wunsch einiger Befragter.

Mitarbeitende in Jobcentern und Arbeitsagenturen müssten unbedingt grundlegendes Wissen zur Lebenssituation von Transmenschen erhalten. Die derzeitige Situation werde als „Ignoranz“ erlebt, die kaum auszuhalten sei. Im Jobcenter werde mensch oft schlicht für nicht vermittlungsfähig gehalten oder im Gegenzug darauf hingewiesen, dass mit unabänderlicher Diskriminierung in einer Maßnahme gerechnet werden müsse. Dadurch werde die berufliche Entwicklung dieser Menschen gefährdet. Studien sprechen von einem überproportionalen Anteil erwerbsloser Transmenschen.

- 2) Coming Out **transidenter Lehrer_innen*** solle Unterstützung finden. **Schule müsse ein sicherer Ort** für alle sein.
- 3) Angeregt werden spezielle **Ansprechpartner_innen* im Sinne „queerer Beiräte“** für Fragen rund um Themen wie das Comingout, die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Unis, Unternehmen, der öffentlichen Hand, Bundeswehr, Polizei, Rundfunkräte usw.).
- 4) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, **Mobbing- und Gleichstellungsbeauftragte in größeren Unternehmen einzusetzen**, die regelmäßig an Schulungen zu LSBTI*-Themen teilnehmen müssen. Gleichzeitig solle in Unternehmen und in Behörden eine **Beschwerdestelle** eingeführt werden, um sich anonym oder offen über Beleidigungen und Mobbing aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität beschweren zu können.

- 5) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **in eigenen Ausbildungskonzepten Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensformen** verbindlich und praxisnah aufgenommen und thematisiert wird z. B. für angehende Polizist_innen* und für angehende Mitarbeiter_innen* in Beratungsstellen oder behördlichen Stellen der Städte und Gemeinden, die in ihrer Praxis sehr wahrscheinlich mit LSBTI* zu tun haben werden. Berührungsängste und Vorurteile würden so abgebaut werden.
- 6) Der **Medizinbetrieb** und dabei insbesondere Ärztz_innen, Therapeut_innen* und Pflegekräfte müssten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt **sensibilisiert und zusätzlich qualifiziert** werden.
- 7) Hinsichtlich der **Zulassungspraxis für Psychotherapeut_innen*** solle die Landesregierung darauf hinwirken, dass eine qualifizierte Sensibilisierung potentiell involvierter Therapeut_innen* erfolge und die Eignung von entsprechenden Therapeut_innen* kontrolliert werde. Das Ministerium sollte diskriminierende Behandler_innen* kennen und ahnden.
- 8) **Stellenausschreibungen** der öffentlichen Hand sollten **Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten berücksichtigen** und Betroffene aktiv zur Bewerbung motivieren.

6.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Arbeitswelt aus Sicht schwuler und bisexueller Männer

- 1) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass in **Unternehmen und im öffentlichen Dienst verbindliche Diversity-Strategien mit Antidiskriminierungsrichtlinien** eingeführt werden, die auch bindend umgesetzt und gelebt werden müssen. Dazu gehöre das Aufzeigen des Mehrwertes von akzeptierter sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Praxis. Solch eine Praxis würde Comingout-Prozesse fördern und dem Verschweigen der sexuellen und geschlechtlichen Identität entgegenwirken. **Schwule Männer müssen gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.**
- 2) Coming Out **lesbischer und schwuler Lehrer_innen** solle Unterstützung finden. **Schule** müsse **ein sicherer Ort** für alle sein.
Ein befragter schwuler Jugendlicher berichtet von einem Lehrer: „*Der hat richtig gesagt, wie widerlich das doch wäre, dass es auch Frauen gibt, die mit Frauen etwas haben oder Männer mit Männern, das wäre ja noch schlimmer.*“ [Dieser Jugendliche fordert ausdrücklich mehr Sensibilität von Seiten vieler Lehrkräfte und eine „Gender-Sensibilisierung in der Ausbildung“]
- 3) Angeregt werden spezielle **Ansprechpartner_innen* im Sinne „queerer Beiräte“** für Fragen rund um Themen wie das Comingout, die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Unis, Unternehmen, der öffentlichen Hand, Bundeswehr, Polizei, Rundfunkräte usw.).
- 4) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, **Mobbing- und Gleichstellungsbeauftragte in größeren Unternehmen** einzusetzen, die regelmäßig an Schulungen zu LSBTI*-Themen teilnehmen müssen. Gleichzeitig solle in Unternehmen und in Behörden eine **Beschwerdestelle** eingeführt werden, um sich anonym oder offen über Beleidigungen und Mobbing aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität beschweren zu können.
- 5) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass **in eigenen Ausbildungskonzepten Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensformen** verbindlich und praxisnah aufgenommen und thematisiert wird z. B. für angehende Polizist_innen* und für angehende Mitarbeiter_innen* in Beratungsstellen oder

behördlichen Stellen der Städte und Gemeinden, die in ihrer Praxis sehr wahrscheinlich mit LSBTI* zu tun haben werden. Berührungsängste und Vorurteile würden so abgebaut werden.

- 6) Der **Medizinbetrieb** und dabei insbesondere Ärzt_innen, Therapeut_innen* und Pflegekräfte müssten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt **sensibilisiert und zusätzlich qualifiziert** werden.

Anmerkungen:

Der Bereich diskriminierungsfreie Pflegeprojekte mit einer kultursensiblen Pflege wird im Workshop Gesundheit erkundet.

Einige Befragte wünschen sich einen höheren Anteil an männlichen Pflegekräften und möchten im Bedarfsfall am liebsten von Männern betreut werden.

- 7) Angeregt wird ein **Qualitätssiegel der Vielfalt für Ämter, Firmen, Vereine** usw. zur Sensibilisierung, Kompetenzstärkung und dem Abbau von Vorurteilen.

- 8) **Stellenausschreibungen** der öffentlichen Hand **sollten Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten berücksichtigen** und Betroffene aktiv zur Bewerbung motivieren.

Anmerkung: Darüber hinaus äußerten einige Befragte den Wunsch nach einem Soziokulturzentrum zum Leben und Arbeiten der LSBTTI*-Community“. Mit Büros, Gesundheitsladen, mit gebündelter Power und Kompetenz, welches nicht nur durch ehrenamtliches Engagement getragen werde, sondern auch durch feste Stellen.

7. Workshop „Gesundheit“:

Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess

7.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen

- 1) Der **Medizinbetrieb** und dabei insbesondere Ärzt_innen*, Hebammen und Pflegekräfte müssten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt **sensibilisiert** werden und sich an den entsprechenden Bedarfen und Bedürfnissen im Sinne einer kultursensiblen Behandlung und Pflege orientieren.
- 2) Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, **diskriminierungsfreie** Pflegeprojekte mit geeigneten Trägern zu realisieren.
- 3) Im rechtlichen Bereich brauche es klarerer Normen, damit es **keine medizinischen Schlupflöcher für nicht notwendige Operationen mehr** gibt. Die betroffenen Eltern intergeschlechtlicher Kinder dürfen Empfehlungen nicht mehr als willkürlich erleben müssen.
Anmerkung: der Punkt der möglichen Folgeschäden (z. B. Genitalverstümmelung) für die Betroffenen durch „nicht notwendige Operationen“ wird im Workshop Gewalt diskutiert.
- 4) Auch sollten die Kinder in jungen Jahren nicht so vielen medizinischen Strapazen ausgesetzt werden. Es sollte eine ähnliche Praxis wie bei Transsexuellen eingerichtet werden, die **Operationen erst ab dem Pubertätsalter** erlaubt. Es sei denn, die OPs seien tatsächlich medizinisch lebensnotwendig. Kinder sollten erst operiert werden, wenn sie selbst einwilligen können und diese Entscheidung solle nicht allein in den Händen der Eltern liegen. In Paragraph 1631 c BGB (Verbot der Sterilisation) sollte verankert werden, **dass Ausschüsse gebildet werden, die über die Notwendigkeit von OPs entscheiden**. Es gelte, den Heilbegriff auch tatsächlich anzuwenden und zu schützen. Den Patienten solle es nach den medizinischen Eingriffen besser gehen und nicht schlechter.
„Lass die Kinder Kinder sein, die brauchen keine geschlechtsangleichenden OPs, die brauchen erst mal nur Zeit, Luft, Raum, Liebe. Und lass die sich entwickeln und dann, wenn sie ein gewisses Alter haben, können sie selber sagen, was sie sind.“ [O-Ton einer angehörigen Person eines intergeschlechtlichen Kindes]
- 5) **Verjährungsfristen** für Klagen (Anmerkung: z. B. bei Genitalverstümmelungen) sollten verlängert werden auf 30 Jahre ab dem 18. Lebensjahr.
- 6) Die **Empfehlungen des Deutschen Ethikrates** (siehe dazu: <http://www.ethikrat.org/intersexualitaet>) sollten umgesetzt werden. In die Richtlinien sollten auch Menschen mit einem Adrenogenitalen Syndrom, Cortisonmangel und dadurch erhöhter Testosteronproduktion aufgenommen werden (Anmerkung: ist im Ethikrat noch strittig).
Anmerkung: Durch das Engagement einer befragten intergeschlechtlichen Person aus Niedersachsen im Ethikrat und durch die Forderung von Betroffenen kam es zum Beschluss im Niedersächsischen Landtag, dass die Beratungsstruktur verbessert werden muss.
- 7) **Bedenken** gibt es in Bezug auf die **Kompetenzzentren**: durch die vielfach weiten Entfernungen sei z. B. eine psychotherapeutische Behandlung häufig nicht machbar oder die Verschreibung von Medikamenten aufwändig. Gerade, wenn die Eltern berufstätig seien oder arbeitslos. Die reguläre Behandlung müsse vor Ort durchführbar sein.
- 8) Grundsätzlich seien die Kompetenzzentren für die Diagnostik aber „eine sehr gute Idee“. Zwischen den Kompetenzzentren müsse ein **regelmäßiger fachlicher Austausch** bestehen,

damit alle mit gleichen Standards arbeiten und gleich gut geschult sind. Das bestehende Nord-Süd-Gefälle mit den unterschiedlichen Behandlungspraxen und Standards müsste dabei überwunden werden. Richtlinien, OP-Empfehlungen oder Nicht-Empfehlungen würden verantwortungsvoll besprochen werden. OPs sollten auf ein Minimum reduziert werden und auch weitere Behandlungen, denn Intersexualität ist keine Krankheit.

„Hat die mit acht, neun Jahren da gesessen mit ihrem Block beim Arzt - und der Arzt hat dann gefragt: „Haben Sie denn noch irgendwelche Fragen?“ Ich sag: „Ich hab so in dem Sinne jetzt keine Fragen, ich glaube aber das Kind hat Fragen“. Und der saß da so und wusste jetzt gar nicht was er sagen sollte. Und dann ist die angefangen und hat ihre Fragen gestellt und hat dann hinterher gesagt „So, ich glaub, da brauchen wir nicht mehr hin, so viel mehr weiß der auch nicht als wir“.“ [O-Ton einer angehörigen Person eines intergeschlechtlichen Kindes]

- 9) **Wartezeiten** von der Diagnose bis hin zum medizinischen Eingriff müssten mindestens zwei Jahre betragen. Besser wären fünf, um die Sache verarbeiten zu können und lernen, damit umzugehen.
- 10) Das **Beratungsangebot** müsste ausgeweitet werden. Den Betroffenen ist dabei die Bedeutung ihrer Verweisungskompetenz klar. Es brauche gute Auffangmöglichkeiten für Eltern – psychologisch oder therapeutisch -, die Schwierigkeiten haben ihr (unoperiertes) Kind so zu akzeptieren. Das Kind dürfe nicht Leitragende/r* sein, wenn die Eltern damit nicht zurechtkommen.

„Ich versuche auch denen, die geschädigt worden sind, die Message zu geben: „Du, egal wohin sie Deinen Körper gebracht haben, versuche, Dich deines Schicksals zu bemächtigen und versuche, Dich gesund zu halten, so gut es geht[...] Du bist auch gut, wenn Du geschädigt bist.“ [O-Ton einer intergeschlechtlichen Person]

- 11) Es wird gewünscht, das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** weiter zu entwickeln und den Gleichbehandlungsgrundsatz konsequent umzusetzen. Grundsätzlich sollten die Empfehlungen des **Ethikrates** ernstgenommen und umgesetzt werden.

„Da geht es tatsächlich um die Selbstwahrnehmung, um die Identität, um die geschlechtliche Identität – „Wer bin ich?“. Und die haben ganz klar wahrgenommen: „Ich bin weder eine Frau... ich bin auch kein Mann“, sondern „Ich bin etwas sehr Eigenes.“ Und weil wir keine anderen Namen dafür haben, sagen wir dann: „Okay, ich bin intersexuell“.“ [O-Ton einer intergeschlechtlichen Person]

7.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen

- 1) Empfohlen wird medizinische **Gleichbehandlung**, auch in der Forschung. Die dort gültige männliche Norm benachteiligt Frauen. Das kann lebensbedrohlich sein: *Frauen haben andere Herzinfarktsymptome als Männer; die Symptome der Männer sind bekannt und erforscht und die der Frauen nicht.* Ein lesbisches Paar ist davon doppelt so stark bedroht wie ein heterosexuelles.
- 2) Grundsätzlich wird empfohlen: **Pathologisierung im Gesundheitssystem beenden**. Hier wird fehlende Kompetenz besonders in Pflegeberufen, Beratungsstellen, in Psychologie und Psychiatrie genannt. *Dass man einfach lesbisch ist und dass es nicht gleich bedeutet, dass ich irgendwie anders bin, krank bin oder sonstiges, sondern einfach behandelt werde wie jeder andere auch. Überall.*
- 3) Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sollten eine **queersensible Beratung** anbieten können. Das wird ganz allgemein gewünscht sowie explizit für den Bereich psychischer Erkrankungen – die bei der Befragten, die dieses Thema ansprach, mit früher erlittener (hetero)sexueller Gewalt zu tun hatte. Wenn sie im Wohnheim lebt und verwirrt

ist, weil sie sich von einer Frau angezogen fühlt, sollte da eine kompetente Ansprechperson sein. Wer in der Psychiatrie arbeitet, sollte nicht nur verdutzt gucken und verstummen, sondern darauf eingestellt sein, dass es auch andere Probleme als die von heterosexuellen Menschen gibt.

- 4) Vorgeschlagen wird eine **qualifizierte Unterstützung** der Mitarbeitenden in Krankenhäusern. Eine solche Person kann darauf hinweisen: *Ihr seid auf einem guten Weg, aber ihr habt einen blinden Fleck, nämlich habt ihr Belange einer Personengruppe nicht beachtet.* Diese Begleitung kann ähnlich aufgestellt sein wie für den Straßenverkehr die Berücksichtigung der Fußgänger_innen.
- 5) In allen beruflichen **Ausbildungen und Qualifizierungen** im Gesundheitsbereich sollte sexuelle und geschlechtliche Vielfalt – und ausdrücklich auch das lesbische Leben – ein fester Lehrinhalt werden, ob in der Altenpflege, im Medizinstudium oder der Hebammenausbildung. In manchem Krankenhaus *gibt es Leute, die haben noch nichts von der Eingetragenen Lebenspartnerschaft gehört.* Auch koste es z.B. in der gynäkologischen Praxis weniger Mut zu sagen, dass man mit Frauen Geschlechtsverkehr hat, wenn die Antwortmöglichkeit von vornherein gegeben ist, weil der Arzt / die Ärztin entsprechend geschult ist.
Anmerkung: Der Bereich Qualifizierung von Ärzt_innen*, Therapeut_innen* und Pflegekräften zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Medizinbetrieb wird im Workshop Arbeitswelt diskutiert.
- 6) Weiterhin wird die Idee geäußert, „das **Frauen-, Mädchen-Gesundheitszentrum [Hannover] auszuweiten** als *Lesben-, Frauen-, Mädchen-, und vielleicht auch noch Migrantinnen-Zentrum.* Es sollen neue Mitarbeiterinnen eingestellt werden, die sich um den Schwerpunkt *Lesben kümmern.*“
- 7) Gewünscht wird auch eine **Broschüre** zum Thema lesbischer Gesundheit. *„Wir haben einen besonderen Bedarf, denn wie man weiß, greifen homosexuelle Menschen häufiger zu Suchtmitteln, entwickeln Abhängigkeiten oder psychische Erkrankungen.“*
- 8) Im Bereich der **Altenpflege** wird gewünscht, dass das Land sich für eine respektvolle und angemessene Behandlung einsetzt, vielleicht mittels eines Zertifikats.
- 9) In der Altenpflege soll das Land den Kommunen ein Leitbild zur Verfügung stellen, in das Bedürfnisse lesbisch lebender alter Frauen Eingang finden. Konkret z.B., wenn *„man sagt: Ich habe Zeit meines Lebens das nicht gemocht, dass ein Mann mich anfasst, das möchte ich jetzt im Alter auch nicht.“* Für die Entwicklung eines solchen Leitbildes bietet eine Interviewte ihre Mitarbeit an; sie hat über dieses Thema ihre Diplomarbeit geschrieben.
- 10) Betont wird auch, dass **trans* Frauen** mit ihrem spezifischen Bedarf einbezogen werden sollen. Das äußert eine lesbische lebende trans* Frau, und der Zukunftstisch stimmt zu.
- 11) **Prävention hinsichtlich sexuell übertragbarer Infektionen** ist ein weiteres Feld. Hier lauten die Ideen: *Geprüfte Lecktücher entwickeln* sowie *Aufklärungsmaterial für Safersex für LGBTQI Jugendliche entwickeln und Geld dafür bereitstellen.* *„Ich möchte das mal lesen, dass ich zu der sichersten Gruppe gehöre.“*

7.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht transidenter Menschen

- 1) Spezifische Bedarfe und Bedürfnisse von Trans*menschen im Blick auf deren Gesundheit müssten auf allen Ebenen Berücksichtigung finden. Für die Gesundheit transidenter Menschen müsse es **eigene Präventionskonzepte**, auch auf kommunaler und Landesebene geben. Als Vorbild könne hier etwa SVeN (Schwule Vielfalt erregt Niedersachsen) dienen.

2) Es brauche ein **Konversionstherapieverbot**. Therapeutisch verbrämte Transsexuellen-„Heilung“ dürfe nicht mehr durch Krankenkassen finanziert werden. Staatliche Träger von psychotherapeutischen Einrichtungen müssten diese Praxis ächten.

3) Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, **diskriminierungsfreie Pflegeprojekte** mit geeigneten Trägern zu realisieren. Eine **kultursensible Pflege** werde in diesen Einrichtungen vorausgesetzt.

Anmerkung: der Bereich Qualifizierung von Ärzt_innen*, Therapeut_innen* und Pflegekräften zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Medizinbetrieb wird im Workshop „Arbeitswelt“ diskutiert.

4) Die **Begutachtungspraxis** insgesamt bedürfe einer grundlegenden Überarbeitung. Sie sollte in der jetzigen Form völlig abgeschafft, zumindest aber stark vereinfacht werden, sowohl im Blick auf den Zugang zur Hormonbehandlung, als auch bei der Namens- und Personenstandsänderung. Immerhin bezuschusst das Land Prozesskostenhilfe in nicht unerheblichem Umfang, in anderen Bundesländern (z.B. Bayern) ist das einfacher und kostengünstiger geregelt.

Anmerkung: Die gesamte Begutachtungspraxis (in Interviews auch als „Transen-TÜV“ bezeichnet) – sowohl hinsichtlich der Hormontherapie als auch hinsichtlich der Namens- und Personenstandsänderung wie den operativen Maßnahmen – wird großenteils als diskriminierend empfunden, als angstbesetzt, als willkürlich, vorurteilsbelastet (z. B. was Frauenbilder angeht), als gängelnd, als fremdbestimmt, als menschenverachtend.

Gutachte_innen* werden vom Gericht bestimmt und die Begutachtung erfolgt oft durch Forensiker. Das würde die Menschen in die Nähe der Kriminalität rücken, so sind sich einige Befragte einig.

5) Die Landesregierung könne etwa vertreten durch das Justizministerium zusammen mit dem Gesundheitsministerium die involvierten Richter_innen* in Niedersachsen zusammen mit ein paar Gutachtern_innen* und Vertreter_innen* von Betroffenen **an einen Tisch bringen**, damit perspektivisch geklärt werden könnte, wie detailliert die Richter_innen* das Gutachten eigentlich lesen würden und welche Bedeutung das Gutachten für die Richterentscheidung habe. Die Gutachter_innen* könnten dabei erfahren, was für das Gericht wirklich von Bedeutung sei.

„Ja, also ich finde es geht auch irgendwie um so ein grundsätzliches Verständnis, so ein Menschenverständnis. Ich lasse mir ja nicht irgendwie etwas operieren oder unterziehe mich dieser Prozedur, die schmerzhaft ist, die lange dauert, die viele persönliche Aspekte meines Lebens betrifft, weil ich da gerade Bock drauf habe. Und in zwei Wochen überlege ich es mir wieder anders. Also diese Idee davon, wir können es nicht erlauben, weil es könnte missbraucht werden, geht ja von komplett falschen Menschen aus. Also niemand macht das, dass er sich das irgendwie im halben Jahrestakt überlegt, dass er jetzt gerne Brüste hätte oder doch wieder nicht. Also das Recht auf den eigenen Körper, ich finde, das hätte ich halt gerne wieder und zwar für alle Menschen, ohne F64.“ [O-Ton eines Trans*mannes]

Anmerkung: unter dem Diagnoseschlüssel F64 „Störung der Geschlechtsidentität“ werden Trans*menschen in der Internationalen Klassifikation psychischer Störungen geführt.

„Als Kern jeglicher Diskriminierung wird die Psychopathologisierung der eigenen Identität gesehen, also der Umstand, dass man als krank angesehen wird.“ [O-Ton einer Trans*frau]

6) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass die **Behandlungsleitlinien insgesamt würdiger** gestaltet und die Behandlungsprozesse **transparenter** werden. Das gelte auch für die zwangsweise Psychotherapie, die nicht in jedem Fall angezeigt ist. Alternativ wäre ein freiwilliges Psychotherapie-Angebot sinnvoll.

7) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass die **Namensänderung vereinfacht werde**, ein **neutraler Geschlechtseintrag möglich** werde und **das zwangsweise Testjahr**

abgeschafft werde. Dieser Zwang sei menschenverachtend, das Beharren darauf folge überkommenen und veralteten Vorstellungen.

*„Der zwangsweise Alltagsstest ist total veraltet. Das ist eine ganz, ganz schlimme Bürde für diese Menschen und wenn sie noch keine psychischen Probleme haben, haben sie sie mit Sicherheit nach dem Jahr. Das heißt also, da kommen dann auch auf das Gesundheitswesen Kosten zu, die wahrscheinlich nicht entstanden wären, wenn man gleich die medizinische Hilfe angeboten hätte und gesagt hätte: „Du kannst dann später in dein Leben treten und siehst auch für die Öffentlichkeit so aus, wie du innen bist.“ Wenn ich aber dazu zwingen, haben vielleicht nicht alle die finanziellen Mittel, entsprechend schon kosmetisch was zu machen. Und die werden gezwungen zum Bäcker zu gehen, zur Arbeit zu gehen. Das kann auch in dem Jahr zu Repressalien fühlen, wo man sagt, man verliert seinen Job, oder man wird innerhalb des Jobs zurückgestuft, oder man wird, wenn man im Kundenverkehr ist, vielleicht auch in eine interne Abteilung versetzt, weil man einfach sagt, wir können den Kunden, oder wem auch immer, den anderen Mitarbeitern, es wird ja viel von Fasching gesprochen, diesen Fasching zumuten. Und das ist halt einfach eine Geschichte, die unheimlich auf die Psyche dieser Menschen einwirkt und ich glaube, was heute nicht genannt worden ist, ist die hohe Selbstmordrate bei Transsexuellen.“ [O-Ton einer Trans*frau]*

- 8) **Kritisch** wird die allgemein große Begeisterung für die Einrichtung von Behandlungszentren / **Kompetenzzentren** bewertet. Befürchtet wird hier vor allem die Fortschreibung konservativer Behandlungsansätze. Außerdem scheint es wenig aussichtsreich, alle Fachkompetenzen gleichermaßen qualifiziert in einem Zentrum zu vereinen. Dies bedarf einer weitergehenden Erörterung.
- 9) Die Landesregierung solle bei den Krankenhäusern in ihrer Trägerschaft oder in Trägerschaft anderer darauf hinwirken, dass **Transmenschen als Patient_innen* wie andere auch** angesehen und behandelt werden – unabhängig von ihrem Transitionsstatus. Vor allem im Hinblick auf die Unterbringung - keine positive Diskriminierung durch Abschottung von anderen Patient_innen* mehr. (Anmerkung: dieser Punkt wird von vielen Trans*menschen aber auch kritisch gesehen und nicht befürwortet). Dazu sollte es klare und transparente Regeln geben. Krankenhausbetreiber sollten durch eine Befragung zum Umgang mit dem Transthema für Belange von Transmenschen sensibilisiert werden. Transmenschen müssten in Krankenhäusern ein niedrigschwelliges Beschwerdemanagement vorfinden.
- 10) Es gelte, das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** weiter zu entwickeln und den Gleichbehandlungsgrundsatz konsequent umzusetzen. Grundsätzlich sollten die **Empfehlungen des Ethikrates** ernstgenommen und umgesetzt werden.

7.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Gesundheit aus Sicht schwuler und bisexueller Männer

- 1) Spezifische Bedarfe und Bedürfnisse von schwulen Männern im Blick auf deren Gesundheit und das Leben im Alter müssten auf allen Ebenen Berücksichtigung finden. Für die Gesundheit schwuler Männer müsse es **eigene Präventionskonzepte**, auch auf kommunaler und Landesebene geben, wie sie derzeit etwa durch SVeN (Schwule Vielfalt erregt Niedersachsen) bereits zu einigen Themen entwickelt würden.
- 2) Therapeutisch verbrämte **Homosexuellen-„Heilung“** dürfe nicht mehr durch Krankenkassen finanziert werden. Staatliche Träger von psychotherapeutischen Einrichtungen müssten diese Praxis **ächt**en.

- 3) Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, **diskriminierungsfreie Pflegeprojekte** mit geeigneten Trägern zu realisieren. Eine **kultursensible Pflege** werde in diesen Einrichtungen vorausgesetzt.

Anmerkung: der Bereich Qualifizierung von Ärzt_innen*, Therapeut_innen* und Pflegekräften zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Medizinbetrieb wird im Workshop Arbeitswelt diskutiert.

- 4) Die Landesregierung solle daraufhin wirken, mit ihren Partnerorganisationen für die Durchführung landesweiter **Kampagnen gegen Stigmatisierung, Diskriminierung und „Kriminalisierung“ HIV-Positiver** zu sorgen. Im Zentrum sollen das Appellieren an die Eigenverantwortung, das Aufklären über Schutzstrategien, das „Positive am Sex“ und die Vermittlung eines realistischen Bildes des Lebens mit HIV in heutiger Zeit stehen. Zusätzlich sollten **Antidiskriminierungsstellen** eingerichtet werden, die z. B. Kontakt zu Gerichten aufbauen und für Schulungen der Richter_innen* in punkto HIV sorgen würden. So könne von Niedersachsen ein wichtiges Zeichen der Entkriminalisierung für ganz Deutschland ausgehen.
- 5) Das Land Niedersachsen solle sich als **Standort der Erforschung** der Impfbarkeit bzw. der Heilbarkeit **von HIV** empfehlen.

8. Workshop „Sichtbarkeit“:

Handlungsempfehlungen aus dem bisherigen Entwicklungsprozess

8.1. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht intergeschlechtlicher Menschen und deren Angehörigen

- 1) Die Landesregierung sollte in Kampagnen immer wieder deutlich machen, dass sie dem **Leitbild einer Gesellschaft** folge, die geprägt sei von einem harmonischen, inklusiven Miteinander und von Würde, Geborgenheit, Vertrauen, Sicherheit, Selbstbestimmung, Vielfalt, Freiheit und Friedfertigkeit. Darin würden **LSBTI* als Bereicherung** erlebt und müssten sich für ihr „Anderssein“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr rechtfertigen. **Ziel müsse ein diskriminierungsfreies, vielfältiges, buntes Leben sein.** Alle Menschen, gleich welcher sexuellen und geschlechtlichen Identität, müssten die Möglichkeit haben, sichtbar, offen und glücklich zu leben. Minderheiten würden so zu einem selbstverständlichen Teil der Gesellschaft.

*„Inter*Menschen müssen sich eine Lobby aufbauen, sich bekannter machen durch öffentliche Veranstaltungen wie Fachtage. Sie müssten selber als „Rolemodels“ für Sensibilisierung und Bewusstseinsweiterung in den Köpfen der Allgemeinbevölkerung und der Politiker_innen* agieren. Das Problem: viele trauen sich da sowieso nicht hin. Weil sie könnten ja entdeckt werden.“* [O-Ton einer intergeschlechtlichen Person]

Anmerkungen: die Furcht vor der öffentlichen Sichtbarkeit ist bei vielen Inter*menschen sehr ausgeprägt, da sie ihr Inter*-Sein als Tabu erleben. Vorausgegangen sind häufig negative, ja sogar traumatische Erfahrungen speziell im medizinischen Bereich z. B. wenn sie als Kleinkinder operiert wurden, um eine Eindeutigkeit des Geschlechtes herzustellen (Anmerkung: nicht selten gibt es Eltern-Ärzt_innen*-Allianzen und die Kinder erfahren erst in späteren Lebensjahren von diesen OPs).

„Das Dilemma: wenn wir nicht öffentlich unsere Interessen vertreten, werden wir auch nicht gehört.“ [O-Ton einer befragten intergeschlechtlichen Person]

- 2) Von der anstehenden Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ werde erwartet, sie durch eine Homepage, Plakate und Materialien (Give Aways) zu stärken. Auch müsse die Kampagne durch eine starke **Öffentlichkeitsarbeit** begleitet werden (Anmerkung: unter Einbeziehung von Inter*-Menschen und deren Angehörigen). **Von Niedersachsen müssten Signale einer hohen LSBTI*-Akzeptanz für ganz Deutschland ausgehen**, damit Diskriminierungen so niedrig wie möglich gehalten werden würden.

Anmerkung: Bei gravierenden öffentlichen Diskriminierungen dürfe sich die Landesregierung nicht scheuen, diese Fälle öffentlich zu machen und sich für die Geschädigten einzusetzen, so der Wunsch vieler Befragter.

- 3) Von der **Landesregierung** werde erwartet, dass sich einzelne Vertreter_innen* und ihre Kooperationspartner_innen* **noch sichtbarer im öffentlichen Raum** einsetzen. Die Vertreter_innen* sollen eine höhere Zahl an Schirmherrschaften für LSBTI*-Veranstaltungen übernehmen und sich teilweise an Standaktionen beteiligen, um für die Menschen „greifbarer“ zu sein. LSBTI* sollten auch bei Auslandsreisen von Politiker_innen* genauso selbstverständlich zur Entourage gehören wie Vertreter_innen* der Wirtschaft oder anderer gesellschaftlich bedeutsamer Institutionen. Auch Städte- und Länderpartnerschaften sollten LSBTI*-Themen selbstverständlich berücksichtigen.
- 4) Dort wo die Landesregierung Einfluss habe (etwa bei der Besetzung von Rundfunkräten), sollte sie sich für einen **verantwortungsvollen Umgang der Medien** mit LSBTI*-Themen

und einen würdigen Umgang mit deren Vertreter_innen* stark machen. Einer Exotisierung des Themas müsse konsequent entgegengewirkt werden.

- 5) Ein wichtiger Aspekt ist die **Sensibilisierung der Sprache auf allen möglichen Ebenen**. Das betreffe sowohl die Rede von „Betroffenen“ als auch die weitgehend binäre Sprachregelung in männlich und weiblich. Die Landesregierung müsse selber in der Ansprache jenseits einer binären Geschlechtersprache deutlich machen, dass es ihr mit dem Einbezug von Interpersonen wirklich ernst sei. Das betreffe auch alle Formulare der öffentlichen Hand.

Anmerkung aus Bericht zu Phase 1: Die Engführung auf die Zuschreibung „männlich“ und „weiblich“ in allen möglichen Zusammenhängen, in denen eine solche Angabe erfragt wird, entspricht nicht der Lebenswirklichkeit von intergeschlechtlichen Menschen. Es geht darum, den Menschen in den Mittelpunkt zu setzen. Die Intersexuellen wollen keine „Sonderrolle“ haben, aber sie müssen wissen, wo sie hingehören und sich nicht in eine Norm pressen lassen.

- 6) Gendervielfalt müsse auch bei der **Beschilderung im öffentlichen Raum** mehr Raum greifen, wie z.B. bei der Beschilderung von Toiletten, bei Verkehrsschildern, bei Piktogrammen, die den Weg weisen usw.. Die öffentliche Hand könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen.

„Ganz grobes Beispiel: es heißt im Sportunterricht hinterher: Kinder gehen alle in die Umkleide, Mädchen in die Mädchenumkleide, Jungs in die Jungsumkleide. Das muss man nicht so sagen. Man könnte auch sagen: „Bitte geht alle in die Umkleide ... Jeder in die, wo er hingehört“ – oder „Jeder in die, wo er möchte“. Dann braucht man dieses Mädchen-Jungs-Thema auch gar nicht ansprechen.“ [O-Ton einer intergeschlechtlichen Person] - Anmerkung: Dieser Punkt beinhaltet Konfliktpotential, da auf diese Weise für Mädchen und Frauen der Schutz vor verbalen und körperlichen Übergriffen durch Jungs und Männer wegfallen würde.

- 7) **Die Landesregierung solle sich aktiv, mutig und hartnäckig für die Anerkennung, Förderung und den Schutz von Minderheiten** einsetzen und subsidiär die **Communities** in deren bürgerschaftlichem Engagement beim Aufbau von **Strukturen** und deren **Vernetzung** eigener wie gemeinsamer Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene **unterstützen und fördern**. Dabei gehe es um geschützte Räume für das Comingout und die Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität (Anmerkung: für viele Befragte sei dies der „erste Schritt“ in Richtung „Mut zur Sichtbarkeit“), um Begegnungsräume, um Beratungsangebote und weitere Initiativen. LSBTI*-Leben müsse auch in der Fläche („auf dem Lande“) sichtbar werden, um mehr Akzeptanz zu erreichen.
- 8) Die Politik müsse daran interessiert sein, dass die **Träger der Selbstorganisation von intergeschlechtlichen Menschen und deren Angehörigen als Kooperationspartner_innen* einer aktiven Minderheitenpolitik** gut aufgestellt sind. Sie trügen wesentlich dazu bei, dass in den Regionen eine vielfältige, bunte, kreative und lebendige Szene sichtbar werde. Wesentlich gehe es um die **Professionalisierung der Strukturen** im Hinblick auf Infrastruktur, Veranstaltungen (CSDs, Diskussionen, Kulturveranstaltungen, Filmfestivals, Feiern), mehr hauptamtliches Personal (für Beratung, Organisation und Vereinsmanagement, Anleitung und Fortbildung von Ehrenamtlichen) sowie eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit.
- 9) **Die Politik könnte das ehrenamtliche Engagement von Menschen**, die sich für Akzeptanz und Gleichstellung einsetzen, durchaus **mehr würdigen und wertschätzen** – etwa durch die Auslobung eigener Preise. Die Landesregierung müsse **öffentlich Anreize schaffen**, warum es sich lohnt, sich ehrenamtlich zu engagieren und sie solle den Mehrwert der Verantwortungsübernahme für jede/n einzelne/n herausstreichen. Die Chance, selbst zu handeln und persönlich wichtige Prozesse in Gang bringen zu können, müsse stärker öffentlich gemacht werden.

- 10) Der Landesregierung müsse auch bewusst sein, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und der damit verbundenen Lebensformen wesentlich von **Institutionen** ausgehe, die in gesellschaftsweiten Wertediskussionen einen großen Einfluss ausüben würden, seien dies nun christliche Kirchen (insbesondere die katholische, aber auch evangelikale Gruppierungen und Sekten), seien es andere Religionen (hier vor allem der Islam und dessen radikalisierte Strömungen). Sie müsse ihren Einfluss geltend machen, dass **in einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft kein Platz für die Ausgrenzung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten und für die Verletzung von Menschenrechten** sei.
- 11) Gefordert wird eine **Änderung des Personenstandgesetzes**. Bei Kindern sollte auf eine Einteilung in männlich und weiblich verzichtet werden. Dort soll nur „Kind“ stehen. Es bedeute auch immer ein Fremd-Outing, wenn das Kästchen leer bliebe. Unter Umständen wird die Intergeschlechtlichkeit so erst sichtbar, und das Kind könne nicht entscheiden, ob es das wolle.
- 12) Die Landesregierung solle in diesem Kontext wissen, dass sich Schwule, Lesben, Trans*- und Intermenschen wünschen, dass sich **Kirchen und andere Religionsgemeinschaften** für die Akzeptanz von LSBTI* öffnen, sich aktiv für deren Würde einsetzen, bis zu der Bereitschaft, dass diese auch geistliche Ämter bekleiden dürften. Die Landesregierung könnte für ihren **Dialog** ihrer Erwartung gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften Ausdruck verleihen, in dem sie **kompetente Ansprechpartner_innen* für das Thema** stellen würde.

8.2. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen

- 1) Durchgehend wird dringend **Öffentlichkeitsarbeit** des Landes empfohlen, um die lesbische Unsichtbarkeit zu mindern. Das ist eine der wichtigsten Empfehlungen überhaupt. *„Alles, was auf die öffentliche Meinung einwirkt, ist unglaublich wichtig, das muss ganz schnell passieren.“* Die persönliche Präsenz von Frau Ministerin Rundt z.B. beim CSD Aurich und der Verleihung einer Auszeichnung für ehrenamtliche lesbische Arbeit in Niedersachsen, der „Goldmarie“, wird mehrfach als erfreulicher Schritt in diese Richtung angeführt. Solche Auftritte zeigten Wertschätzung und Anerkennung der Vielfalt. Die Außenwirkung auf die heterosexuelle Bevölkerung wird als hoch eingeschätzt.
- 2) Wünschenswert wäre ein regelmäßiges Statement an die Presse zum 17.5. bzw. die Äußerung der Wertschätzung zum Coming-out-Tag.
- 3) Seitens der Regierung solle, so ein weiterer Vorschlag, deutlich von bestehender Diskriminierung und der Arbeit gegen die Diskriminierung gesprochen werden – möglichst so, dass dies verschiedene Altersgruppen anspricht.
- 4) Mehrfach wird der Wunsch nach einer landesweiten Werbekampagne für Akzeptanz der Vielfalt geäußert.
- 5) Es wird vorgeschlagen, dass die Abbildungen in allen Broschüren des Landes systematisch die reale Vielfalt abbilden sollen. In Broschüren zum Thema Kindergeld könnte eines der Elternpaare lesbisch sein und ein schwules Paar könnte dem NDR-Konzert lauschen. Das Land sollte damit zeigen: Für uns ist das normal.
- 6) Vorgeschlagen wird weiterhin, Heterosexualität ausdrücklich zu nennen.
- 7) *Es soll jemanden geben, die Presstexte und Reden der Minister und Ministerinnen auf blinde Flecke untersucht im Hinblick auf lesbische Themen.*
- 8) Der **NDR** sollte angeregt werden, auch über diesen Teil der Bevölkerung zu berichten. Das wird bisher vermisst. Zudem wäre es erstrebenswert, dass das queere Spektrum einen Platz im Landesrundfunk erhält.

- 9) Da kaum lesbische **Prominente** in Niedersachsen bekannt sind, wäre es gut, wenn sich Regierungsmitglieder outen würden. Die Landesregierung sollte Mitarbeiter_innen aus dem queeren Spektrum und eine offene Lebensweise gezielt fördern.
- 10) Das Land sollte sich hier dafür einsetzen, dass die Akzeptanz der Vielfalt auch **in der Fläche** ein Begriff wird. Lesbisches, schwules und bisexuelles Leben seien in kleineren Städten und Orten wenig präsent – es sei denn, die dortigen Selbsthilfegruppen sorgten dafür.
- 11) Seitens der Gemeinden sollte es überall **Ansprechpartner_innen geben für Schwule, Lesben, trans* Leute, Migranten – also für alles. Dass ich zu der Gemeinde gehen kann und kann sagen: „Ich habe vor, ein Kind zu adoptieren.“ „Ach ja, sehr gerne, herzlich willkommen.“** Das Land könnte den Kommunen nahe legen, dass dies zum Auftrag der Gleichstellungsstellen gehöre. Manche Gleichstellungsbeauftragte_n engagierten sich in dem Bereich, doch das sei nicht überall so.
- 12) In offiziellen **Formularen** beispielsweise der Finanzämter fehlt oft selbst die weibliche Form, ebenso Formulierungen bzw. Rubriken für Lebenspartnerschaften. Diese kränkende Praxis sollte abgeschafft werden, und das Land wird gebeten, sich dafür einzusetzen.
- 13) Empfohlen wird auch eine Informationsplattform auf der offiziellen Ministeriumsseite. Der **Internetauftritt** des Landes Niedersachsen sollte in diese Richtung ausgebaut und ständig aktuell gehalten werden. Es wird moniert, dass die dort bereitgestellten Informationen häufig unvollständig und veraltet seien. Nicht nur für die heterosexuelle Bevölkerung, sondern auch für lesbisch lebende Niedersächsinnen wäre es ein Gewinn, dort zuverlässige Informationen zu erhalten.
- 14) Die **Selbsthilfe** sollte unterstützt und gefördert werden. Solche Gruppen erleichtern es, den Mut zum offenen Leben zu finden, und stärken bei negativen Reaktionen.
Anmerkung: Die Angst davor, sich offen zu zeigen, war ein durchgehendes Thema beider Phasen. So ist die Bedeutung der Selbsthilfegruppen für das Stigmamanagement ermutlich kaum zu überschätzen.
- 15) Das Land wird weiterhin gebeten, den christlichen **Kirchen** nicht weiterhin zu ermöglichen, mit massiver staatlicher Förderung Strukturen aufrecht zu erhalten, in denen sie intolerante Meinungsbildung stärken und sich nicht um Antidiskriminierungsvorschriften kümmern müssen.

Anmerkungen:

Die Unsichtbarkeit lesbischen Lebens war eines der größten thematischen Felder sowohl in Phase 1 als auch in Phase 2. Dadurch fehlt es an Vorbildern, und die heterosexuellen Normen werden weniger hinterfragt. Desinteresse und Geringschätzung der Umwelt einerseits sowie eigene Angst vor negativen Konsequenzen andererseits werden hier als Ursachen beschrieben. Außerdem wird formuliert, dass lesbisches Leben in der *queeren Masse* untergehe.

Medien, so wurde immer wieder betont, interessierten sich eher für schwules als für lesbisches Leben. Es wurde auch der Wunsch geäußert, dass in den Medien bei homosexuellen Themen nicht ständig *lasziv küssende Männer* gezeigt werden. Als Ausblick formulierte eine Teilnehmerin, sie gingen in einer guten Zukunft sonntagabends *in die bekannteste Talk-Show Deutschlands und erzählen von unserem coolen lesbischen Leben*. Die lesbische Unsichtbarkeit ist bei Behinderung oder / und Alter noch gesteigert, wurde festgestellt.

8.3. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht transidenter Menschen

- 1) Die Landesregierung sollte in Kampagnen immer wieder deutlich machen, dass sie dem **Leitbild einer Gesellschaft** folge, die geprägt sei von einem harmonischen, inklusiven Miteinander und von Würde, Geborgenheit, Vertrauen, Sicherheit, Selbstbestimmung, Vielfalt, Freiheit und Friedfertigkeit. Darin würden **LSBTI* als Bereicherung** erlebt und müssten sich für ihr „Anderssein“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr rechtfertigen. **Ziel müsse ein diskriminierungsfreies, vielfältiges, buntes Leben sein.** Alle Menschen, gleich welcher sexuellen und geschlechtlichen Identität, müssten die Möglichkeit haben, sichtbar, offen und glücklich zu leben. Minderheiten würden so zu einem selbstverständlichen Teil der Gesellschaft.

*„Ein Comingout ist immer angstbesetzt. Und Comingout ist auch eigentlich ein blöder Begriff. Comingout klingt so, als wäre es ein Zeitpunkt. Und dann wäre es überstanden. Das ist eine Anhäufung von Comingouts. Das schwerste Comingout hatte ich vor zwei oder drei Jahren. Das letzte große. Das war ein Klassentreffen. Also irgendwo wird man immer genervt!“ [O-Ton einer Trans*frau]*

Anmerkung: Ein Wunsch vieler ist der, dass Trans* als „Tatsache gesehen wird, nicht als Problem“. Dazu gehöre ein selbstbewusstes Verhalten, welches in Gesprächstrainings und Rollenspielen erprobt werden könne. Solche Trainings könnten auch Schmink-, Shopping- und Stylingtipps oder auch andere praktische Ratschläge von erfahrenen Trans* z. B. zu Hürden im Berufsleben beinhalten. Diese Angebote seien eine große Hilfe, um „gelingen sichtbar“ zu werden, so sind sich viele Befragte einig.

- 2) Die Landespolitik solle ihre **Strategie einer aktiven Minderheitenpolitik für LSBTI*** mit den anderen Bundesländern abstimmen, von den anderen lernen und darüber hinaus dazu beitragen, Standards bester Praxis in diesem Sinne auf europäischer Ebene voranzutreiben. Staatliches Handeln sollte sich insgesamt an bester bzw. guter Praxis (z. B. bei der Namensänderung) in anderen (Bundes-)Ländern orientieren. Die Landesregierung solle alles daran setzen, dass das Transsexuellengesetz reformiert und so human wie möglich angewandt werde. Denn in der Anwendungspraxis gäbe es deutschlandweit erhebliche Unterschiede. Hier sollten auch entsprechende Bundesratsinitiativen initiiert werden.

*„Und ich finde dieses Polare extrem anstrengend, weil ich merke, dass ich vielleicht den einen oder anderen Schritt gar nicht gemacht hätte, so für mich, aber einfach durch diesen, durch dieses dauernde Ringen mit diesem Zweigeschlechtlichen, in dem ich nun mal leben muss, habe ich einfach wahnsinnig viel Kraft verloren. Also wenn ich mir das Leben einfacher machen will, dann muss ich dazu vermutlich die und die Schritte gehen. Und was mir halt auch ein Anliegen wäre, wäre halt irgendwie die Nuancen irgendwie sichtbar machen zu können, oder halt auch bei Professionellen irgendwie mehr Verständnis zu finden, dass es nicht das eine oder das andere gibt, sondern dass es halt unglaublich viele Ausdrucksweisen von Geschlechtsidentität gibt.“ [O-Ton eines Trans*mannes]*

*„Ich kann sagen, ich gehe heute zu einem Tätowierer, lasse mich von Kopf bis Fuß rasieren, lasse mich von oben bis unten tätowieren, lass mir Metall unter die Haut schieben und mir Brandings machen und was weiß ich alles. Da steht kein Mensch, da steht kein Mensch vom Staat daneben und sagt "Hast du ein psychologisches Gutachten hierfür? Geht es dir gut? Ist es das, was du wirklich für dein zukünftiges Leben möchtest? Ist es das, wie du dann leben möchtest? Hast du es dir überlegt, wie du im Beruf ankommst? Wie du bei Leuten auf der Straße ankommst? Hast du dir das überlegt?" Da steht kein Mensch, das steht mir völlig frei. Gehe ich aber hin und sage "Mein Name soll in Zukunft so und so sein." da brauche ich zwei Gutachten. Da steht mir der Staat auf den Füßen rum, da kriege ich keinerlei Unterstützung. Das finde ich ganz, ganz schlimm.“ [O-Ton einer Trans*frau]*

- 3) Von der anstehenden Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ werde erwartet, sie durch eine Homepage, Plakate und Materialien (Give Aways) zu stärken. Auch müsse die Kampagne durch eine starke **Öffentlichkeitsarbeit** begleitet werden (Anmerkung: unter Einbeziehung von Trans*-Menschen). **Von Niedersachsen müssten Signale einer hohen LSBTI*-Akzeptanz für ganz Deutschland ausgehen**, damit Diskriminierungen so niedrig wie möglich gehalten werden würden.

Anmerkung: z. B. Verleihung von Trans*-Kulturpreisen, Medientrainings* durch Trans*personen

*„Und was mir halt auch ein Anliegen wäre, wäre halt irgendwie die Nuancen irgendwie sichtbar machen zu können, oder halt auch bei Professionellen irgendwie mehr Verständnis zu finden, dass es nicht das eine oder das andere gibt, sondern dass es halt unglaublich viele Ausdrucksweisen von Geschlechtsidentität gibt.“ [O-Ton eines Trans*mannes]*

- 4) Von der **Landesregierung** werde erwartet, dass sich einzelne Vertreter_innen* und ihre Kooperationspartner_innen* **noch sichtbarer im öffentlichen Raum** einsetzen. Die Vertreter_innen* sollen eine höhere Zahl an Schirmherrschaften für LSBTTI*-Veranstaltungen übernehmen und sich teilweise an Standaktionen beteiligen, um für die Menschen „greifbarer“ zu sein. LSBTI* sollten auch bei Auslandsreisen von Politiker_innen* genauso selbstverständlich zur Entourage gehören wie Vertreter_innen* der Wirtschaft oder anderer gesellschaftlich bedeutsamer Institutionen. Auch Städte- und Länderpartnerschaften sollten LSBTI*-Themen selbstverständlich berücksichtigen.
- 5) Dort wo die Landesregierung Einfluss habe (etwa bei der Besetzung von Rundfunkräten), sollte sie sich für einen **verantwortungsvollen Umgang der Medien** mit LSBTTI*-Themen und einen würdigen Umgang mit deren Vertreter_innen* stark machen. Einer Exotisierung des Themas müsse konsequent entgegen gewirkt werden.

Anmerkung: Die Öffentlichkeitsarbeit zur tatsächlichen Lebenssituation von Transmenschen in ihren unterschiedlichen Facetten muss verstärkt werden. Als erster Schritt sollte eine überarbeitete Neuauflage von Transbroschüren erfolgen. Je öffentlicher und sichtbarer das Thema sei, umso rückgängiger sei die Diskriminierung – so eine These, zumal damit auch positive Rollenmodelle sichtbar würden. Dabei stehe die Öffentlichkeitsarbeit der Selbstorganisation selbst noch am Anfang.

- 6) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, **LSBTI*-Kulturveranstaltungen** wie Filmfestivals zu bezuschussen, Preisgelder für einen **Niedersächsischen Trans*-Filmpreis** bereitzustellen und durch die Anwesenheit von politischen Vertreter_innen* bereichern.
- 7) Ein wichtiger Aspekt sei die **Transsensibilisierung der Sprache** auf allen möglichen Ebenen. Das betreffe sowohl die Rede von „Betroffenen“ als auch die weitgehend binäre Sprachregelung in männlich und weiblich (bis hin zur Toilettenausschilderung). Die Landesregierung müsse selber in der Ansprache jenseits einer binären Geschlechtersprache deutlich machen, dass es ihr mit dem Einbezug von Transpersonen wirklich ernst sei. Das betreffe auch alle Formulare der öffentlichen Hand bis hin zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes.
- 8) Gendervielfalt müsse auch bei der **Beschilderung im öffentlichen Raum** mehr Raum greifen, wie z.B. bei der Beschilderung von Toiletten, bei Verkehrsschildern, bei Piktogrammen, die den Weg weisen usw.. Das Aufsuchen einer öffentlichen Toilette stelle gerade für Menschen in der transitären Übergangssituation und für nicht-binäre Trans*menschen ein Problem dar. Die öffentliche Hand könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- 9) **Die Landesregierung solle sich aktiv, mutig und hartnäckig für die Anerkennung, Förderung und den Schutz von Minderheiten** einsetzen und subsidiär die **Communities** in deren bürgerschaftlichem Engagement beim Aufbau von **Strukturen** und deren **Vernetzung** eigener wie gemeinsamer Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene

- unterstützen und fördern.** Dabei gehe es um geschützte Räume für das Comingout und die Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität (Anmerkung: für viele Befragte sei dies der „erste Schritt“ in Richtung „Mut zur Sichtbarkeit“), um Begegnungsräume, um Beratungsangebote und weitere Initiativen. LSBTI*-Leben müsse auch in der Fläche („auf dem Lande“) sichtbar werden, um mehr Akzeptanz zu erreichen.
- 10) Die Politik müsse daran interessiert sein, dass die **Träger der Selbstorganisation von transidenten und transgeschlechtlichen Menschen als Kooperationspartner_innen* einer aktiven Minderheitenpolitik** gut aufgestellt sind. Sie trügen wesentlich dazu bei, dass in den Regionen eine vielfältige, bunte, kreative und lebendige Szene sichtbar werde. Wesentlich gehe es um die **Professionalisierung der Strukturen** im Hinblick auf Infrastruktur, Veranstaltungen (CSDs, Diskussionen, Kulturveranstaltungen, Filmfestivals, Feiern), mehr hauptamtliches Personal (für Beratung, Organisation und Vereinsmanagement, Anleitung und Fortbildung von Ehrenamtlichen) sowie eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit.
- 11) **Die Politik könnte das ehrenamtliche Engagement von Menschen**, die sich für Akzeptanz und Gleichstellung einsetzen, durchaus **mehr würdigen und wertschätzen** – etwa durch die Auslobung eigener Preise. Die Landesregierung müsse **öffentlich Anreize schaffen**, warum es sich lohnt, sich ehrenamtlich zu engagieren und sie solle den Mehrwert der Verantwortungsübernahme für jede/n einzelne/n herausstreichen. Die Chance, selbst zu handeln und persönlich wichtige Prozesse in Gang bringen zu können, müsse stärker öffentlich gemacht werden.
- 12) Der Landesregierung müsse auch bewusst sein, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und der damit verbundenen Lebensformen wesentlich von **Institutionen** ausgehe, die in gesellschaftsweiten Wertediskussionen einen großen Einfluss ausüben würden, seien dies nun christliche Kirchen (insbesondere die katholische, aber auch evangelikale Gruppierungen und Sekten), seien es andere Religionen (hier vor allem der Islam und dessen radikalisierte Strömungen). Sie müsse ihren Einfluss geltend machen, dass **in einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft kein Platz für die Ausgrenzung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten und für die Verletzung von Menschenrechten** sei.
- 13) Die Landesregierung solle in diesem Kontext wissen, dass sich Schwule, Lesben, Trans*- und Intermenschen wünschen, dass sich **Kirchen und andere Religionsgemeinschaften** für die Akzeptanz von LSBTI* öffnen, sich aktiv für deren Würde einsetzen, bis zu der Bereitschaft, dass diese auch geistliche Ämter bekleiden dürften. Die Landesregierung könnte für ihren **Dialog** ihrer Erwartung gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften Ausdruck verleihen, in dem sie **kompetente Ansprechpartner_innen* für das Thema** stellen würde.

8.4. Handlungsempfehlungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit aus Sicht schwuler und bisexueller Männer

- 1) Die Landesregierung sollte in Kampagnen immer wieder deutlich machen, dass sie dem **Leitbild einer Gesellschaft** folge, die geprägt sei von einem harmonischen, inklusiven Miteinander und von Würde, Geborgenheit, Vertrauen, Sicherheit, Selbstbestimmung, Vielfalt, Freiheit und Friedfertigkeit. Darin würden **LSBTI* als Bereicherung** erlebt und müssten sich für ihr „Anderssein“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr rechtfertigen. **Ziel müsse ein diskriminierungsfreies, vielfältiges, buntes Leben sein.** Alle Menschen, gleich welcher sexuellen und geschlechtlichen Identität, müssten die Möglichkeit haben, sichtbar, offen und glücklich zu leben. Minderheiten würden so zu einem selbstverständlichen Teil der Gesellschaft.

- 2) Die Landespolitik solle ihre **Strategie einer aktiven Minderheitenpolitik für LSBTI*** mit den anderen Bundesländern abstimmen, von den anderen lernen und darüber hinaus dazu beitragen, Standards bester Praxis in diesem Sinne auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Anmerkung: das inkludiert auch LSBTI*-Flüchtlinge und deren Bedarfe.

- 3) Von der anstehenden Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ werde erwartet, sie durch eine Homepage, Plakate und Materialien (Give Aways) zu stärken. Auch müsse die Kampagne durch eine starke **Öffentlichkeitsarbeit** begleitet werden (Anmerkung: unter Einbeziehung von schwulen und bisexuellen Männern). **Von Niedersachsen müssten Signale einer hohen LSBTI*-Akzeptanz für ganz Deutschland ausgehen**, damit Diskriminierungen so niedrig wie möglich gehalten werden würden.
- 4) Von der **Landesregierung** werde erwartet, dass sich einzelne Vertreter_innen* und ihre Kooperationspartner_innen* **noch sichtbarer im öffentlichen Raum** einsetzen. Die Vertreter_innen* sollen eine höhere Zahl an Schirmherrschaften für LSBTI*-Veranstaltungen übernehmen und sich teilweise an Standaktionen beteiligen, um für die Menschen „greifbarer“ zu sein. LSBTI* sollten auch bei Auslandsreisen von Politiker_innen* genauso selbstverständlich zur Entourage gehören wie Vertreter_innen* der Wirtschaft oder anderer gesellschaftlich bedeutsamer Institutionen. Auch Städte- und Länderpartnerschaften sollten LSBTI*-Themen selbstverständlich berücksichtigen.
- 5) Dort wo die Landesregierung Einfluss habe (etwa bei der Besetzung von Rundfunkräten), sollte sie sich für einen **verantwortungsvollen Umgang der Medien** mit LSBTI*-Themen und einen würdigen Umgang mit deren Vertreter_innen* stark machen. Einer Exotisierung des Themas müsse konsequent entgegengewirkt werden.
- 6) Gendervielfalt müsse auch bei der **Beschilderung im öffentlichen Raum** mehr Raum greifen, wie z.B. bei der Beschilderung von Toiletten, bei Verkehrsschildern, bei Piktogrammen, die den Weg weisen usw.. Die öffentliche Hand könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- 7) **Die Landesregierung solle sich aktiv, mutig und hartnäckig für die Anerkennung, Förderung und den Schutz von Minderheiten** einsetzen und subsidiär die **Communities** in deren bürgerschaftlichem Engagement beim Aufbau von **Strukturen** und deren **Vernetzung** eigener wie gemeinsamer Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene **unterstützen und fördern**. Dabei gehe es um geschützte Räume für das Coming Out und die Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität (Anmerkung: für viele Befragte sei dies der „erste Schritt“ in Richtung „Mut zur Sichtbarkeit“), um Begegnungsräume, um Beratungsangebote und weitere Initiativen. LSBTI*-Leben müsse auch in der Fläche („auf dem Lande“) sichtbar werden, um mehr Akzeptanz zu erreichen.

„Vor vier Jahren hatte ich quasi auch selbst erstmal mein inneres Outing und da bin ich in Hannover dann zur Jugendgruppe gegangen. Weil, man ist furchtbar unsicher und dann geht man dahin, trifft Leute, die schon Erfahrungen damit haben. Die können das erklären, wie es denen dann gegangen ist und so weiter. Das ist einfach unglaublich hilfreich, solche Leute noch zu treffen, die anderen weiterhelfen können. Das muss dabei nicht unbedingt so eine, so selbsthilfemäßig sein, so einfach nur so ein Austausch. Das reicht ja vollkommen aus. War eine große Hilfe damals für mich.“ [O-Ton eines schwulen Mannes]

- 8) Die Politik müsse daran interessiert sein, dass die **Träger der Selbstorganisation von schwulen und bisexuellen Menschen als Kooperationspartner_innen* einer aktiven Minderheitenpolitik** gut aufgestellt sind. Sie trügen wesentlich dazu bei, dass in den Regionen eine vielfältige, bunte, kreative und lebendige Szene sichtbar werde. Wesentlich gehe es um die **Professionalisierung der Strukturen** im Hinblick auf Infrastruktur, Veranstaltungen (CSDs, Diskussionen, Kulturveranstaltungen, Filmfestivals, Feiern), mehr

hauptamtliches Personal (für Beratung, Organisation und Vereinsmanagement, Anleitung und Fortbildung von Ehrenamtlichen) sowie eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit.

- 9) Die Landesregierung soll darauf hinwirken, dass auch künftig **schwulenfreundliche (Szene-)Strukturen** entstehen können bzw. bestehen bleiben, in denen neben Beratungs- und Kommunikationsmöglichkeiten auch Sexualität bevormundungs-, angst- und restriktionsfrei gelebt werden kann, was nicht zuletzt zum Erreichen der Zielgruppe im Rahmen der HIV- und STI-Prävention unabdingbar ist.

Anmerkung: die „Szene“ und „schwules Leben“ müsse weiterhin öffentlich sichtbar sein, so sind sich alle Befragten einig. Das würde zu „Going Public“-Prozessen (gerade bei jüngeren Menschen) führen und könne eine „schwule Identität“ stärken. Zudem würde es dem „Szenesterben“ entgegenwirken, das einige Befragte mit der „Parallelwelt Internet“ verbinden.

- 10) **Die Politik könnte das ehrenamtliche Engagement von Menschen**, die sich für Akzeptanz und Gleichstellung einsetzen, durchaus **mehr würdigen und wertschätzen** – etwa durch die Auslobung eigener Preise. Die Landesregierung müsse **öffentlich Anreize schaffen**, warum es sich lohnt, sich ehrenamtlich zu engagieren und sie solle den Mehrwert der Verantwortungsübernahme für jede/n einzelne/n herausstreichen. Die Chance, selbst zu handeln und persönlich wichtige Prozesse in Gang bringen zu können, müsse stärker öffentlich gemacht werden.

- 11) Es brauche als selbstverständlichen Bestandteil der Erinnerungsgeschichte **öffentliche Orte des Gedenkens** an Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt wurden, insbesondere an Verfolgte nach § 175 .

- 12) Angeregt wird ein **Niedersächsischer LSBTI*-Filmpreis**, der durch die Landesregierung verliehen würde.

- 13) Die Landesregierung solle darauf hinwirken, **für ältere Lesben, Schwule und Bisexuelle eine extra Broschüre** mit sämtlichen Angeboten inkl. der Ansprechpersonen aufzulegen. Sowohl städtebezogen als auch niedersachsenweit. Ältere Menschen würden seltener ins Internet gehen und bräuchten solche Broschüren. Zudem sollten soziale Treffpunkte, die auch oder speziell für ältere LSBTI*-Menschen zur Verfügung stehen, ausgeweitet werden.

- 14) Der Landesregierung müsse auch bewusst sein, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und der damit verbundenen Lebensformen wesentlich von **Institutionen** ausgehe, die in gesellschaftsweiten Wertediskussionen einen großen Einfluss ausüben würden, seien dies nun christliche Kirchen (insbesondere die katholische, aber auch evangelikale Gruppierungen und Sekten), seien es andere Religionen (hier vor allem der Islam und dessen radikalisierte Strömungen). Sie müsse ihren Einfluss geltend machen, dass **in einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft kein Platz für die Ausgrenzung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten und für die Verletzung von Menschenrechten** sei.

Anmerkung: die Institution Kirche wurde von einigen befragten schwulen Männern als Gegenspielerin der LSBTI*-Community gesehen.

- 15) Die Landesregierung solle in diesem Kontext wissen, dass sich Schwule, Lesben, Trans*- und Intermenschen wünschen, dass sich **Kirchen und andere Religionsgemeinschaften** für die Akzeptanz von LSBTI* öffnen, sich aktiv für deren Würde einsetzen, bis zu der Bereitschaft, dass diese auch geistliche Ämter bekleiden dürften. Die Landesregierung könnte für ihren **Dialog** ihrer Erwartung gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften Ausdruck verleihen, in dem sie **kompetente Ansprechpartner_innen* für das Thema** stellen würde.

Anmerkung: Das Sonderarbeitsrecht der katholischen und der evangelischen Kirche wurde von einigen Befragten als „skandalös“ bezeichnet und solle abgeschafft werden.

8.5. Bemerkungen an Politik bzw. Landesregierung in Bezug auf Sichtbarkeit bisexueller Menschen

In ganz Niedersachsen gibt es lediglich eine öffentliche, gemischte Bisexuellen-Gruppe. Diese trifft sich monatlich in Hannover. Weitere Strukturen der Selbstorganisation sind in diesem Bereich in Niedersachsen nicht auszumachen.

Viele der im Rahmen der Phase 1 befragten gemischten Gruppen geben in ihren Profilen an, auch für bisexuelle Menschen offen zu sein. In der Realität war es so, dass sich keiner der befragten Männer, egal ob in Einzel- oder in Gruppeninterviews, als bisexuell bezeichnete. Auf einige Frauen, die sich offen als bisexuell bezeichnen, sind die Forschenden in diesen Settings gestoßen.

Ein Interviewter schätzt das Thema Bisexualität als ein eigentlich sehr wichtiges ein, welches „sehr, sehr viele Menschen“ betreffen würde, nur leider würden sich zu wenige dazu bekennen. Es herrsche eine große Heimlichkeit und viele hätten das Gefühl, sich eindeutig zu ihrer Hetero- oder Homosexualität bekennen zu müssen. Die Gruppe in Hannover ist für viele der einzige Ort, um offen über ihre Bisexualität zu sprechen.

Es besteht offensichtlich große Angst, persönlich als bisexuelle Person sichtbar zu sein. Gleichzeitig wurde von den befragten Männern in der Gruppe der Wunsch geäußert, das Thema Bisexualität sichtbar mitzudenken. Dadurch erhoffen sie sich einen selbstverständlicheren Umgang mit dem Thema.

Zwei Befragte berichten von einer weit verbreiteten Diskriminierung durch schwule Männer, die deren sexuelle Orientierung nur als eine Phase oder aber Bisexualität als keine eigene sexuelle Identität ansehen und nicht akzeptieren würden.

„Und zum Thema Diskriminierung ist wirklich die paradoxe Situation, dass ich ja in der Schwulenbewegung für eine sexuelle Freiheit ja auch ein Stück weit mit gekämpft habe und ich im Moment in der Situation bin, dass das wirklich so eine Art Comingout ist, innerhalb dieser Gruppe zu sagen "Ich bin bisexuell!" und ich durch Äußerungen, auch im Freundes- und Bekanntenkreis weiß, dass ich keineswegs bei allen auf ein 100%iges Angenommensein - Toleranz ist ja auch schon ein schönes Wort - hoffen kann.“ [O-Ton eines bisexuellen Mannes]

„Und ich finde also diese homosexuelle Emanzipation ist einfach zu einseitig und eine akzeptierte Bisexualität in unserer Gesellschaft würde einer ganz anderen gesellschaftlichen Revolutionen eigentlich nochmal gleichkommen. Und ich finde das Wort Revolution nicht übertrieben, gerade wenn man sich die Männer anguckt, was da einfach an Doppelleben immer noch geführt wird [...] Also mit anderen Worten: wenn diese ganzen Männer, die sich wirklich bisexuell verhalten, ... wenn sie das öffentlich tun würden, also das würde wirklich, glaube ich, riesige Wellen schlagen und unglaubliche Veränderung unserer ganzen Gesellschaft (bewirken), glaube ich.“ [O-Ton eines bisexuellen Mannes]

Bei den schwulen, trans*- und inter* Zukunftstischen wurden keine bisexuellen Belange angesprochen. Es konnten in diesem Feld somit keine Visionen und Handlungsempfehlungen für die Landesregierung formuliert werden. Nur ein Teilnehmer hat sich offen als bisexuell bezeichnet.

Anders stellt sich die Lage bei den Frauen dar. In den lesbischen bzw. queeren Selbsthilfestrukturen ist es inzwischen oft nicht mehr entscheidend, ob alle Teilnehmerinnen ausschließlich Frauen oder auch Männer lieben. In etlichen Gruppen wird dies kaum thematisiert.

Von einem offenen lesbischen Treff wurde allerdings in Phase 1 erzählt, dort *hieße es auf einmal, ich bin hier nicht richtig, weil ich auch noch einen Mann habe*. Seitdem gehe sie dort nicht mehr hin.

Insgesamt ist dies aber seltener geworden. Wenig scharfe Abgrenzung ist auch gegenüber trans* Frauen festzustellen. Wenn diese ihre Beziehungen als lesbisch verstehen, sind sie oft grundsätzlich willkommen.

Während der Phase 1 gab eine Gruppe ein Interview, die vor Jahren als lesbisches Projekt begann. Inzwischen leben einige der Frauen nicht mehr lesbisch, sondern auch mit Männern. Es wird betont, dass dies keine Rolle spiele. *Wir haben alle Anteile vom Anderssein, und das schätze ich hier auch sehr, und das kann ich auch ruhig sagen, weil ich, glaube ich, relativ lange lesbisch gelebt habe und mir jetzt vorbehalte, meine Partner frei zu wählen - oder Partnerin. Je nachdem. Also „bisexuell“ möchte ich auch nicht heißen. Ich möchte eigentlich in keine Schublade und werde genauso hier akzeptiert, auch in der Veränderung. Das schätze ich sehr.*

9. Allgemeine, für alle Themen nutzbare Empfehlungen zur Realisierung der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“

- 1) Alle Aktiven sollten sich bewusst sein, dass es sich bei einer Kampagne für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt des Landes Niedersachsen um einen **langwierigen Prozess tiefgreifender Veränderungen** einer heteronormierten Gesellschaft handeln wird. Dieser Prozess abverlangt den Aktiven Standhaftigkeit und Beharrlichkeit weit über eine Wahlperiode hinaus. Ängstlichkeit, Zögern und fehlender Mut sollten immer wieder überwunden, Resignation angesichts von Rückschlägen bewältigt werden. Das Thema darf im Verteilungskampf politischer Aufmerksamkeit vermeintlich Wichtigerem nicht „geopfert“ werden.
- 2) Der Prozess braucht eine **starke wie mutige Selbstvertretung der Minderheit** auf der einen sowie **solidarische, gut vernetzte und hartnäckige Mitstreiter_innen*** in Politik, Behörden, Medizinbetrieb, Kultur und Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. Beide Seiten sind aufgerufen, einander im jeweiligen Engagement gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wertzuschätzen und (Zwischen-)Erfolge einander mitzuteilen wie auch zu würdigen, ohne auf halbem Weg stecken zu bleiben.
- 3) Es bedarf der Wachsamkeit und eines **aktiven Gegensteuerns gegenüber Gleichgültigkeit bzw. gegenüber Unempfindlichkeit bei Ungerechtigkeit** und organisierten gesellschaftlichen Gegenströmungen, wie sie sich derzeit beispielsweise besonders augenfällig in Kreisen von Rechtsextremen, AfD, Besorgten Eltern, Pegida, Evangelikalen und fundamentalistischen Religiösen, aber auch in konservativen Parteien und den etablierten Kirchen darstellen. Es gilt, sich durch diese Gegenströmungen nicht einschüchtern zu lassen.
- 4) Die entsprechenden Anstrengungen benötigen eine **langfristige finanzielle Ausstattung** der öffentlichen Hand, mit der die Ziele der Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ auch tatsächlich umgesetzt werden können. Dies betrifft sowohl die **Professionalisierung und Stärkung der Strukturen der Selbstorganisation** als auch die Verankerung des Prozesses in allen Handlungsfeldern, in denen Kommunen und Landesregierung Verantwortung tragen.
- 5) Für aktive Antidiskriminierungspolitik ist nicht zuletzt das **Handeln als Gesetzgeber** gefragt. Dieser darf auch komplexe Fragen, wie etwa die Adoption, das Asylrecht, die Entschädigung von nach §175 Verurteilten, die Aufhebung binärer Geschlechterklischees, die Veränderung von Behandlungsrichtlinien für Trans*- und Intermenschen, die Reform des Transsexuellengesetzes, Eindämmungen geschlechtsspezifischer Ungleichheit, die Ehe für alle, neue rechtliche Absicherungen für neue Familienformen oder die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes nicht scheuen. Parteiprogrammatische Willensbekundungen und Koalitionsvereinbarungen müssten in verbindliche und nachhaltige Regeln münden. Bei Problemen in der Umsetzung könnte eine aus der Community organisierte **„Anwaltschaft“ die LSBTI*-Interessen** nachhaltig vertreten und durchsetzen.
- 6) Es gilt, die unterschiedlichen **Bedarfe der verschiedenen queeren Bereiche** quer durch alle Themenfelder hindurch wahrzunehmen und damit gerecht zu arbeiten – nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in der Fläche.
- 7) Der Prozess sollte in einem **bundesweiten und internationalen Kontext** gesehen und gestaltet werden. Ebenso sind die **kommunalen Bezüge** und Verantwortlichkeiten bedeutend.

Und natürlich braucht es dafür...

...eine solidarische, aktive, mutige, selbstbewusste und gut vernetzte queere Community!